

Harald Mahrer (Hrsg.)

Was wäre wenn ...?



10 Jahre
schwarz
grün
Eine Spekulation

edition noir

JULIUS RAAB STIFTUNG

Harald Mahrer (Hrsg.)

Was wäre wenn ...?

10 Jahre
schwarz
grün
Eine Spekulation

JULIUS RAAB STIFTUNG

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

2013 Verlag noir, Wien
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73
www.verlagnoir.at

Herausgeber: Julius Raab Stiftung
Grafik und Satz: Gull + Company GmbH, dggd – Doris grussmann graphic design
Lektorat: Dr. Arnold Klaffenböck
Foto: Richard Tanzer
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH
Printed in Austria

ISBN 978-3-9503483-1-6



Vorwort

Harald Mahrer

Seite 9

Schwarz-grüne Perspektiven

Stephan Pernkopf

Seite 13

Damals war jetzt

Lukas Mandl

Seite 19

Umherschweifende Teilchenbeschleuniger

Claus Pándi

Seite 29

Eine Episode

Andreas Koller

Seite 35

Schwarz-Grün

Barbara Tóth

Seite 41



Keine Eurofighter, kein Schmiergeld-Sumpf

Hubert Wachter

Seite 53

Zehn Jahre Schwarz-Grün

Alexander Van der Bellen

Seite 61

Die doppelte Wende

Michael Schuster

Seite 69

Eine vertane Chance?

Josef Riegler

Seite 77

Mehr Mitte, bitte!

Harald Mahrer

Seite 85

Autorenporträts

Seite 91



Vorwort

Vor zehn Jahren sind die Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und Grünen gescheitert. Was wäre heute anders, wenn diese Koalition zustande gekommen und in der Zwischenzeit wiedergewählt worden wäre? Wie könnte eine spekulative Bilanz von zehn Jahren Schwarz-Grün aussehen?

Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir politische Proponenten von damals, hochkarätige Journalisten und Akteure von heute eingeladen. Wir wollten von ihnen wissen, was in Österreichs Politik besser und was schlechter gelaufen wäre, wenn zehn Jahre lang Schwarz-Grün regiert hätte. Wir haben sie eingeladen, nicht nur über Regierungsmitglieder einer schwarz-grünen Koalition zu spekulieren, sondern vor allem über die Entwicklung von Steuer-, Energie-, Pensions- und Europapolitik.

Es war uns ein Anliegen, dass unsere Autoren in ihren spekulativen Zehn-Jahres-Bilanzen von Schwarz-Grün von allfälligen Schuldzuweisungen hinsichtlich des Scheiterns der Koalitionsverhandlungen absehen mögen. In beiden Parteien hat es Befürworter einer solchen Koalition gegeben, in beiden Parteien hat es nachweislich massive Widerstände gegen Schwarz-Grün gegeben.

Warum die Julius Raab Stiftung zu dieser – für die Steuerzahler übrigens gänzlich risikofreien – Spekulation eingeladen hat, hat einen klaren Grund: Wir wollen mit Blick auf die Zukunft die Potenziale – und natürlich auch allfällige Defizite – einer solchen politischen Zusammenarbeit reflektieren. Wir sind davon über-

zeugt, dass die Ökosoziale Marktwirtschaft, deren Grundwerte wir als Julius Raab Stiftung nicht nur „bewahren“, sondern programmatisch weiterentwickeln, das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Zukunft ist. Eine schwarz-grüne Zusammenarbeit auf Basis der Grundwerte der Ökosozialen Marktwirtschaft – in Wien kooperieren die Grünen leider mit der roten Staatswirtschaft – könnte einen wichtigen Impuls liefern, um die Ökosoziale Marktwirtschaft konsequent umzusetzen.

Die Orientierung an den Grundwerten der Freiheit, der Verantwortung, der Leistung, der Solidarität und der Nachhaltigkeit ist die Grundlage für ein modernes, zukunftsfähiges wirtschaftliches und gesellschaftliches Anreizsystem. Schwarz-grüne Politik für eine Ökosoziale Marktwirtschaft könnte Österreich auch in Europa zu einem Leuchtturm machen. Die Ökosoziale Marktwirtschaft trägt eindeutig das Copyright der Volkspartei. Vorgedacht wurde sie von Josef Riegler. Umsetzen müssen wir sie heute. Die Grünen sind mit Blick auf ihre ursprüngliche Programmatik und ihre ökologische Grundorientierung – im Gegensatz zu allen anderen Parteien – ein potenzieller Umsetzungspartner.

Dass es sich bei Schwarz-Grün um eine Spekulation handelt, ist angesichts der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse in Österreich offenkundiger denn je. Aber Spekulationen sind dazu da, um politische Möglichkeitsräume der Zukunft zu eröffnen. Unser Wirtschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft war die letzten Jahrzehnte der Garant für den heute in Österreich herrschenden Wohlstand. Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist die logische ordnungspolitische Weiterentwicklung, die Zukunft hat, weil sie Zukunft gibt. Ihre Umsetzung braucht und verdient unsere politische Fantasie.

Dr. Harald Mahrer
Präsident der Julius Raab Stiftung

Schwarz-grüne Perspektiven

Der schwarz-grüne Diskurs ist mit Blick auf die Zukunft ein wichtiges Projekt, das neue Optionen eröffnet

Stephan Pernkopf

Schwarz-Grün: Diese Regierungsform hätte es vor zehn Jahren geben können. Und eine schwarz-grüne Regierung könnte nach erfolgreicher Wiederwahl noch heute im Amt sein. Es ist freilich müßig, im Nachhinein zu spekulieren, warum es nicht dazu gekommen ist. Schuldzuweisungen sind fehl am Platz. Die (grüne) Angst vor einem grünen Knittelfeld und damit einer Parteispaltung, oder die (schwarze) Befürchtung, die Grünen im ländlichen Raum „salonfähig“ und wählbar zu machen – all das mag dazu geführt haben, dass diese Regierungsform auf Bundesebene doch nicht möglich wurde.

Werte statt Kalkül

Dass eine solche Regierungsvariante in Journalistenkreisen und in politischen Zirkeln auf große Sympathie gestoßen wäre – und auch weiterhin stoßen würde –, ist bekannt. Schwarz-Grün ist für viele nach wie vor ein Hoffnungsprojekt, das Stillstand und eingefahrene Bahnen überwinden könnte. Schwarz-Grün steht insbesondere im städtischen Raum für die Sehnsucht, dass bürgerliche Eltern und ihre Kinder sich endlich wieder in einem politischen Projekt treffen könnten. Schwarz-Grün repräsentiert positive Wertepolitik, denn beiden Parteien, ÖVP und Grünen, werden am ehesten noch große, von Werten und nicht von Kalkül getriebene politische Anliegen zugetraut – etwas, was einer nur mehr am Machterhalt interessierten SPÖ und einer auf Hetze fokussierten FPÖ gar nicht erst unterstellt wird.

Grün ist nicht gleich grün

Die Regierungserfahrung mit den Grünen zeigt, dass Grün und Grün nicht immer das Gleiche sind: Der konstruktive Regierungskurs der Grünen in der Koalition mit der Oberösterreichischen Volkspartei dokumentiert das liberale, lösungsorientierte Gesicht der Grünen. Die Grünen mit ihrem roten Regierungspartner in Wien zeigen leider ein anderes Gesicht: Zwangspolitik von oben herab – Stichwort Mobilitätspolitik –, die nicht auf Bürgerbeteiligung und richtige Anreize, sondern auf Belastungen und Verbote für Bürger setzt.

Die große Chance einer schwarz-grünen Regierungskonstellation vor zehn Jahren hätte wohl auch darin bestanden, einen internen Clearing-Prozess bei den Grünen zu ermöglichen und den sogenannten „Realos“ zum Durchbruch zu verhelfen. Die Wiener Grünen sind heute tatsächlich besser bei den Roten aufgehoben. In diesem Zusammenhang ist der Vergleich mit Deutschland interessant, wo die Grünen mittlerweile verstanden haben, dass sie als weitere Linkspartei entbehrlich sind – und nun mit einer eher bürgerlichen Spitzenkandidatin in die Bundestagswahl gehen.

Zukunftsprojekt Ökosoziale Marktwirtschaft

Wer über Schwarz-Grün nachdenkt, sollte nicht über vergebene Chancen der Vergangenheit reden, sondern über kluge Zukunftsprojekte nachdenken. Dabei gibt es ein zentrales Zukunftsprojekt, in das beide Parteien investieren müssen: das Ordnungsmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft.

Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten haben gezeigt, dass die Marktwirtschaft den richtigen Ordnungsrahmen braucht. Den haben wir in Österreich zunächst mit der Sozialen Marktwirtschaft. Freiheit und Leistungskraft werden darin in soziale Sicherheit transformiert. Die ÖVP selbst hat dieses christdemokratische Ordnungsmodell auf bahnbrechende Weise weiterentwickelt – hin zur Ökosozialen Marktwirtschaft, die Josef Riegler vorgedacht

und geplant hat. Eine Marktwirtschaft, die nicht nur die richtigen Anreize für Wohlstand für alle setzt und soziale Absicherung ermöglicht, sondern zusätzlich auch eine nachhaltige Entwicklung eröffnet. Das ist aus meiner Sicht das Zukunftsmodell, das als Leitbild für die künftige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung ohne Alternative ist.

Gerechtigkeit für die Zukunft

Ganz entscheidend ist, dass diese Konzeption auch ein vollkommen neues Verständnis von Gerechtigkeit ermöglicht: Gerechtigkeit wird darin mit Blick auch auf die Zukunft verstanden – mit Blick auf die Lebenschancen der künftigen Generationen, von denen wir die Zukunft nur geborgt haben.

Heute ist es wichtiger denn je, dieses Wirtschafts- und Sozialmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft in die politische Praxis umzusetzen. Die SPÖ ist dabei kein idealer Partner, denn ihre Wirtschaftskompetenz ist ebenso beschränkt wie ihr Gerechtigkeitsverständnis. Sie will alle „Reichen“ kräftig zur Kasse bitten, trifft den Mittelstand und schwächt Österreich damit nachhaltig. Sie widersetzt sich notwendigen Reformen – etwa für ein nachhaltiges Pensionssystem – und zieht am Ende des Tages immer nur eine Maßnahme aus der Tasche: neue bzw. höhere Steuern. Das ist zukunftsfeindlicher „Neo-Sozialismus“ und damit der falsche Weg für Österreich. Politik, die sich an den Grundsätzen einer Ökosozialen Marktwirtschaft orientiert, will nicht mehr Steuern, sondern in die richtige Richtung steuern. Leistung und Arbeit entlasten, Ressourcenverbrauch und Energie entsprechend besteuern – hier stehen wir noch vor großen Herausforderungen.

Schwarz-grüne Hausaufgaben

Der schwarz-grüne Diskurs ist mit Blick auf die Zukunft ein wichtiges Projekt, das neue Optionen eröffnet. Dabei dürfen nicht machtpolitische Rechenspiele im Vordergrund stehen, sondern substanzielle Ziele und Anliegen. Beide Parteien, Grüne und Ös-

terreichische Volkspartei, haben zur Fortsetzung dieses Diskurses ihre Hausaufgaben zu machen.

Für die Volkspartei gilt etwa:

- Das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft und seine Bedeutung für Österreich und Europa müssen die programmatische Arbeit und Positionierung der Volkspartei stärker denn je prägen. Dieses Modell liefert die Antworten auf grundlegende Fragen unserer Zeit – wir müssen es aus der Studierstube holen und inhaltlich wie öffentlich zum Glänzen bringen.
- Die schwarz-grüne Regierungskonstellation in Oberösterreich muss als Gegenmodell zur rot-grünen Belastungscoalition in Wien deutlich gemacht werden. Es geht eben auch anders mit den Grünen.
- Wir brauchen auf allen Ebenen einen offenen Diskurs mit den Grünen. Er soll deutlich machen, worin wir uns einig sind, aber auch, worin wir uns unterscheiden. Das Wissen um die Unterschiede ist wichtig. Der schwarz-grüne Diskurs ist keine Wellness-Veranstaltung, sondern eine substanzielle inhaltliche Auseinandersetzung.

Wichtige Hausaufgaben für die Grünen:

- Die Grünen müssen ihr programmatisches Fundament auf den Prüfstand stellen und weiterentwickeln. Die in jüngster Zeit beobachtbare Entwicklung hin zu mehr Zwang und Bevormundung für die Bürgerinnen und Bürger entspricht nicht der Gründungsidee der Grünen – und auch nicht den Erfordernissen der Zukunft. Freiheit und Eigenverantwortung sind Werte, an denen die Grünen nicht vorbeikommen.
- Vor diesem Hintergrund ist es auch wichtig, die Grundsätze des Modells der Ökosozialen Marktwirtschaft als „Geschäftsgrundlage“ für die Zukunft zu diskutieren, statt sich

mit vermeintlich schicken, aber letztlich überkommenen „Gemeinwohlökonomie“-Ideologien aufzuhalten.

- Die Grünen müssen sich auf allen Ebenen dem Diskurs mit der Volkspartei öffnen. „Anpatzen“ mag zwar Teil des Tagesgeschäfts sein, bringt aber auf Dauer niemanden weiter. Notwendig sind offene und harte inhaltliche Debatten statt des eitlen Gestus der moralischen Überlegenheit, den manche vor sich hertragen. Denn so kommen wir nie zusammen.

Was wäre, wenn ...?

Was wäre, wenn Schwarz-Grün in Österreich zehn Jahre lang regiert hätte? Die FPÖ würde weiter hetzen, die SPÖ würde weiter blockieren. Diesbezüglich hätte sich wahrscheinlich wenig geändert. Wahrscheinlich wäre die politische Stimmung im Land etwas anders. Nicht unbedingt friedlicher, aber vielleicht etwas zukunfts-bewusster.

Viel interessanter ist allerdings die Frage: Was wäre, wenn Schwarz und Grün ihre Hausaufgaben für einen vernünftigen schwarz-grünen Diskurs machen würden und gemeinsame Projekte definieren könnten? Was wäre, wenn wir einmal jenseits von Zahlenspielen über parlamentarische Mehrheiten darüber reden könnten, was Schwarz und Grün gemeinsam tatsächlich besser machen könnten? Darauf können wir heute natürlich keine konkreten Antworten geben. Außer eine: Die Zukunft ist zu wichtig, als dass wir auf schwarz-grüne Perspektiven verzichten könnten!

Damals war jetzt

Warum Schwarz-Grün heute unmöglich und falsch ist

Lukas Mandl

Ich sitze im Homeoffice. Ich greife in die unterste Lade meines Schreibtischs und schon halte ich ihn in Händen: Den runden Button mit der Aufschrift „Jetzt“, in Weiß, vor schwarz-grünem Hintergrund. Der Button hat etwa fünf Zentimeter Durchmesser. Es ist ein Button, der vor mehr als zehn Jahren produziert wurde, als nach der Wahl im Herbst 2002 die Volkspartei und die Grünen über eine Mehrheit im Nationalrat verfügt haben und viele – auch ich – der Meinung waren, diese Mehrheit sollte in Form einer Regierungskoalition realisiert werden.

„Jetzt“, das war damals das Motto – angesichts des Zustands der Freiheitlichen Partei, angesichts der schieren Unmöglichkeit einer rot-schwarzen Koalition, angesichts der Grünen, die reif schienen für eine Regierungsbeteiligung. Ich habe den Button gerne getragen. Und ich hebe ihn gerne auf. Er ist ein historisches Dokument.

„Ein heiliges Experiment“ soll Andreas Khol die Option „Schwarz-Grün“ genannt haben. Die Vorstellung kribbelte wie der sprichwörtliche „Griff nach den Sternen“. – Zumindest bei mir war das alles so. Dass das Wörtchen „Jetzt“ auch in der Bedeutung „Jetzt, aber nicht später“ zu verstehen war, war mir damals nicht klar. „Jetzt oder nie“ wäre als Motto näher an der Realität gewesen. Wir waren die Initiative www.schwarzgruen.org. Ich war nicht Mitbegründer, aber doch Mitunterstützer der ersten Stunde. Die Initiative hat ein Buch unter dem Titel „Die Ökosoziale Wende? – Perspektiven und Horizonte einer schwarz-grünen Politik“ herausgegeben. Es war ein Sammelband. Er wurde 2002 geschrieben und ist 2003 erschienen.

Politik der Courage

Ich blättere in meinem Beitrag in diesem Sammelband. Ich zitiere daraus, weil ich schmunzeln muss über meine eigene Naivität damals, mit der ich – wie der Blick auf die Vitae einiger Akteure der schwarz-blauen Zeit zeigt – doch nicht ganz falsch gelegen bin, wenn auch vielleicht größtenteils zufällig:

Mein Beitrag beginnt mit einem Zitat aus einem bekannten Nachschlagewerk. Dort heißt es:

„Orientierung (die): 1. Anlage eines Kultgebäudes, einer Kirche in der West-Ost-Richtung, 2. Das Sichzurechtfinden im Raum, 3. geistige Einstellung, Ausrichtung, 4. Informierung, Unterrichtung, 5. (regional) Hinlenkung auf etwas“, sagt der Duden.

Orientierung fehlt in der politischen Kultur Österreichs weitgehend oder wird fehlgeleitet. Karrieristen in allen Parteien empfinden „geistige Einstellung, Ausrichtung“ als Hindernis. Populisten verhindern oder konterkarieren „Informierung, Unterrichtung“ der Bevölkerung. Manche Medien erschweren das „Sichzurechtfinden im Raum“, statt es zu erleichtern. Der Orientierungslosigkeit ist eine Politik der Courage entgegen zu setzen.“

„Für eine Politik der Courage“ – das war der Titel des kleinen Essays. Und die Hoffnung auf eine solche Politik war die Triebfeder des engagierten Eintretens für Schwarz-Grün. – Ich lese weiter: Ich finde es amüsant, wie ich vor mehr als zehn Jahren mit einem beinahe putzigen Idealismus nicht nur das Linksrechtsschema für vergangen erklärt habe, sondern auch in einem Rundblick durch alle Politikfelder auszumachen meinte, dass gegenüber jeder anderen möglichen Regierungskonstellation bei Schwarz-Grün die Vorteile überwiegen würden. Ich wähnte sogar eine Verpflichtung gegenüber absoluten Werten nicht nur bei Schwarz, sondern auch bei Grün.

Schon damals: Persönlichkeitswahl

Besonders offensiv habe ich für ein neues Wahlrecht plädiert, das weniger Parteienwahl und mehr Persönlichkeitswahl bringen sollte. Das ist ein Anliegen, das in der Spitzenpolitik auf Bundesebene fast exakt zehn Jahre später relevant geworden ist – als Michael Spindlberger zu Jahresbeginn 2012 die neue Linie vorgegeben hat, dass die Volkspartei für mehr Persönlichkeitswahl eintritt. Einen besonderen Drive verliehen hat diesem Anliegen der bis dato beliebteste Regierungspolitiker Österreichs und das wohl jüngste Regierungsglied Europas: Sebastian Kurz. So konnten die Sozialdemokraten, denen ein System suspekt ist, in dem nicht länger Parteigremien hinter verschlossenen Türen über die Besetzung von Mandaten entscheiden, sondern Bürgerinnen und Bürger durch Direktwahl der Personen, zu einem ersten kleinen Reformschritt bewegt werden.

Es erstaunt mich, dass ausgerechnet die Grünen, die sich für basisdemokratisch halten oder sich zumindest so präsentieren, es bis heute nicht geschafft haben, Vorzugsstimmen-Modelle zu leben, also nicht ihre Parteigremien – und seien sie auch noch so groß – über die Besetzung ihrer Mandate entscheiden zu lassen, sondern ihre Wählerinnen und Wähler durch Vorzugsstimmen. Meines Wissens haben die Grünen das nicht einmal versucht.

Die Volksparteien der Städte Graz und Innsbruck sowie des Bundeslandes Niederösterreich haben solche Modelle umgesetzt. Die Wählerinnen und Wähler haben von den neuen Möglichkeiten, nicht nur die Stärke der Partei zu bestimmen, sondern auch zu bestimmen, welche Personen die Mandate dieser Partei ausüben, regen Gebrauch gemacht. Mein Erstaunen ist nicht eine Masche. Mein Erstaunen ist echt. Viele politische Beobachterinnen und Beobachter würden ein Vorzugsstimmen-Modell prima vista für „typisch grün“ halten. Es ist mir ein Rätsel, dass die Grünen sich nicht dazu durchringen können.

Politik des Lebens

In dem Buchbeitrag, den ich vor mehr als zehn Jahren verfasst habe, habe ich auch der „Lebenspolitik“ das Wort geschrieben. Ich ging sogar so weit, zu schreiben:

Wir in der so genannten Ersten Welt sind geneigt, unsere Gesellschaft für hoch entwickelt und solidarisch zu halten, übersehen dabei aber allzu oft, dass es vor allem Menschen am Beginn und am Ende des individuellen Lebens sind, die besonderer Zuwendung bedürfen, sie aber nur unter erheblichen Schwierigkeiten, unzureichend oder gar nicht bekommen. In diesem Sinne der Christdemokratie, die nicht konfessionelle Politik bezeichnet, sondern für Politik mit ethischen Bezugspunkten steht, könnte man so weit gehen, die Österreichischen Grünen als zweite christdemokratische Kraft [sic!] zu bezeichnen.

„Na servas!“ – Dieser Zwischenruf ist spätestens hier angebracht. Erstens ist das Adjektiv „christdemokratisch“ für die Grünen – zumindest retrospektiv – durch nichts zu rechtfertigen. Zweitens müssen wohl die Grünen aus ihrem Selbstverständnis sich vor solcherart „Lob“ hüten.

Die Lebenspolitik ist ein weites Meer, aus dem eine schwarz-grüne Regierung wertvolle Schätze heben könnte. Ob es um ein Aufschnüren der Abtreibungsbestimmungen geht – zunächst zumindest in der Frage der Abtreibung behinderter Kinder bis zum Zeitpunkt der Geburt – oder um gerechte materielle, aber auch immaterielle Honorierung von Kinder- und auch Alten- und Krankenbetreuung; um Aufwertung der Sozial- und Pflegeberufe, um Förderung kinderfreundlicher Unternehmen und Institutionen: es gibt faszinierende Möglichkeiten, die nur eine schwarz-grüne Koalition in Angriff nehmen könnte.

Wie nah an der Wirklichkeit ich mit diesen Mutmaßungen im Jahr 2002 war, lässt sich nicht leicht beurteilen. Aber mit Sicherheit kann ich sagen, dass fünf Jahre später die Wirklichkeit weit weg war von diesen Mutmaßungen. Und zwar deshalb:

Unser „mittleres“ Kind, unsere Tochter Lena, war gerade auf die Welt gekommen. Ich saß in der Neugeborenen-Station des Krankenhauses Vöcklabruck in Oberösterreich, wo unser erstes und unser zweites Kind geboren worden sind. Ich hielt das Neugeborene in meinen Armen. Es waren überschießende Gefühle der Glückseligkeit, wie sie wohl die meisten Mütter und Väter in solchen Momenten erleben: „So viele Gefühle, und mein Herz ist übervoll, so viele Gedanken drängen sich zur selben Zeit: Freude, Demut und Dankbarkeit“, heißt es in dem immer hörenswerten Lied „Mein Apfelbäumchen“ von Reinhard Mey. Genauso ging es mir. – Just in diesen Tagen verlangte eine gewisse Eva Glawischnig „Abtreibung auf Krankenschein“. Damals war sie noch nicht Parteichefin. Aber im Jahr darauf ist sie Parteichefin geworden. Das war für mich wie ein Hammer auf den Kopf. Es war ein „Flash“. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist es mir wie Schuppen von den Augen gefallen, dass Kalkül und Spin die Grünen regieren. Es war nicht weit her mit der „Lebenspolitik“.

Wenn diese Zeilen jemand „absichtlich falsch verstehen“ will, möchte ich es ihr oder ihm nicht allzu leicht machen: Beim Lebensschutz bin ich nicht für eine Änderung der Fristenregelung. Sondern ich bin für die bestmögliche Unterstützung für Schwangere. Ich bin dafür, dass es quasi niemanden mehr gibt, der nicht die Alternativen der Abtreibung kennt und weiß, wie man sie in Anspruch nehmen kann. Das muss genauso bekannt werden, wie es die Notruf-Nummern von Feuerwehr, Polizei und Rettung sind. Ich bin für die Kreisky'schen „Begleitmaßnahmen“, die bis heute nicht umgesetzt sind. Und ich bin für viel mehr Verantwortungsbewusstsein bei Vätern.

Wer weiß, wie Alexander Van der Bellen zu der Sache mit der „Abtreibung auf Krankenschein“ wirklich steht oder ob er sie öffentlich ventiliert hätte? Und: Zur Ehrenrettung auch der aktuellen grünen Parteiführung kann ich sagen, dass ich mit hochrangigen gegenwärtigen Spitzenpersönlichkeiten schon sehr gute Gespräche über Lebenspolitik geführt habe, auch über Lebensschutz, auch über Abtreibung.

Das Archiv hilft, Lügen zu verhindern

Das Archiv ist nicht nur „die Rache der Journalisten an den Politikern“, wie es der legendäre „Zeit im Bild“-Anchorman Robert Hochner einmal formulierte. Das Archiv hilft auch politischen Akteurinnen und Akteuren dabei, nicht sich selbst oder andere über Meinungen oder Motive der Vergangenheit zu belügen. Deshalb ist mir der Rückgriff auf 2002 Geschriebenes so wichtig: Nichts kann die damalige Gefühls- und Gemengelage so authentisch vermitteln, wie das die originalen Formulierungen tun.

Freilich gilt für meinen Text aus 2002, dass ganz sprichwörtlich „der Wunsch der Vater des Gedankens“ war. Dennoch nehme ich für meine damalige Position in Anspruch, dass zu diesem Zeitpunkt Schwarz-Grün besser gewesen wäre als eine Fortsetzung von Schwarz-Blau. Und Schwarz-Grün wäre viel besser gewesen als Schwarz-Rot.

Und für meinen damaligen Text nehme ich in Anspruch, dass er ein Potenzial in sich getragen hat, das in Österreich gemeinhin unterschätzt wird, nämlich jenes der „self-fulfilling prophecy“, der – wenn man so will – „sich selbst erfüllenden Prophezeiung“. Meine Erfahrung ist tatsächlich, dass man viele schwierige Wege gehen kann, wenn man das Ziel für wertvoll und erreichbar hält.

„Was wäre, wenn ...?“ – Das ist eine Frage, die man sich im privaten oder geschäftlichen Leben nicht allzu oft stellen sollte. Denn es schwingt auch Melancholie mit. Und es ist eine Frage, über der man in der Politik manchmal verzweifeln könnte. Also sollte man sie in kleinen Dosen stellen. Andererseits ist kaum eine Frage so gut geeignet, zu lernen – über sich selbst und andere, über alternative Lösungswege für zukünftige Probleme, die zwar neu sein werden, aber ähnlich.

Nicht zuletzt deshalb finde ich die Idee dieses Buches, zum zehnten Jahrestag des Scheiterns der Verhandlungen über Schwarz-Grün eine „Spekulation“ anzustellen, geradezu brilliant. Ich beteilige mich gerne. Das hilft auch mir, meine Gedanken zu ordnen:

„One Stroke“

Als Generalsekretär des Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes der Volkspartei habe ich immer wieder Künstlerinnen und Künstler eingeladen, in den Büroräumlichkeiten der Organisation ihre Werke zu präsentieren. Einmal zeigte eine Ausstellung Werke des Künstlers Wolfgang Semmelrock. Er entwickelt und arbeitet unter anderem im Stil des „One Stroke“. Durch ihn habe ich gelernt, was das bedeutet: Ein sichtbares Bild entsteht mit einem einzigen Pinselstrich. Dann ist es da, das Bild. Teil der Entstehung des Bildes sind aber die Idee, die Vorbereitung, der Moment des Pinselstrichs, die in diesem Moment anwesenden Menschen und vieles mehr. Aber es gibt nur eine Chance für den Pinselstrich. Es sind ausdrucksstarke Bilder, die so entstehen. Sie prägen Räume. Und sie machen Eindruck auf die Menschen, die diese Räume betreten.

Plötzlich ist mir bewusst geworden, wie viel die „One Stroke“-Methode mit Politik zu tun hat: Jahrelang wird gearbeitet, teils öffentlich sichtbar, teils unsichtbar. Und nach Jahren kommt der Wahltag. Es gibt für die Menschen, die sich dieser Wahl stellen – wiederum auf Jahre hinaus! –, nur diese eine Chance, von Wählerinnen und Wählern Vertrauen und damit Gestaltungsmöglichkeit zu bekommen.

Und wenn es nicht der Wahltag ist, dann ist es der Tag des Verhandlungsergebnisses. So war es im Februar 2003 – für die Grünen nach fast genau 16 Jahren in der Opposition, für die Volkspartei nach fast 17 Jahren in der Bundesregierung mit Rot oder Blau. Der Tag war lange vorbereitet – im weiteren Sinn sowieso, aber auch im engeren.

(Die Allerersten, die eine schwarz-grüne Koalition für Österreich als Vision formuliert hatten, waren im Jahr 1999 Thomas Köhler und Christian Mertens mit der von ihnen gegründeten Initiative Christdemokratie. Von ihnen habe ich viel gelernt. Ich durfte von Anfang an an der Grundlagenarbeit der Initiative Christdemokratie mitwirken. Und: Im Jahr 1999 war die Idee noch mehr eine Utopie als eine Vision, so weit waren die beiden Parteien von einer Mehrheit im Nationalrat entfernt.)

Der Pinselstrich hat den Ausschlag gegen eine schwarz-grüne Regierungskoalition gegeben. Das bleibt als Bild zurück, sichtbar. Diese Tatsache ist und bleibt erinnerlich.

„Ministrable“ Regierungsmitglieder, persönlich gewählte Abgeordnete

Oben habe ich schon angedeutet, wie ich vor zehn Jahren für Schwarz-Grün argumentiert habe und auch, warum ich auch heute noch denke, Schwarz-Grün wäre damals die beste Option gewesen. Nun begeben sich – wie von der Julius Raab Stiftung als Herausgeberin mit Recht verlangt – vollends auf das Terrain der Spekulation:

Wäre damals eine schwarz-grüne Koalition geschlossen worden, wären Wolfgang Schüssel und Alexander Van der Bellen Parteichefs geblieben, vielleicht bis heute. Wolfgang Schüssel wäre noch Bundeskanzler. Der Reformeifer wäre ähnlich intensiv gewesen wie in den ersten Jahren der schwarz-blauen Koalition, wenn auch teils in anderen Politikbereichen. Einige Beispiele habe ich oben schon erwähnt. Würde seit zehn Jahren schwarz-grün regiert, hätte Österreich eine Debattenkultur, die diesen Namen verdient. Das Vokabel „ministrabel“ wäre aus der Mottenkiste geholt, aufpoliert und neu definiert worden, und es würde auf alle Regierungsmitglieder zutreffen. Und im Parlament würden nur persönlich gewählte Abgeordnete arbeiten. Alle Politikerinnen und Politiker der Regierungsparteien hätten Empathie, Humor und Courage.

Nach jahrelangem Aufbau von Vertrauen hätten die Grünen in der ersten Neuauflage von Schwarz-Grün nach der Nationalratswahl 2006 einer merklichen steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit zugestimmt. Derzeit würde das dritte schwarz-grüne Kabinett regieren. Dieses wäre nach der Nationalratswahl 2010 angelobt worden. (Diese Wahl hätte stattgefunden, weil Schwarz-Grün die Legislaturperiode nicht von vier auf fünf Jahre verlängert hätte.)

Ich spekuliere weiter: Würde seit zehn Jahren schwarz-grün regiert, würde das BZÖ nicht existieren, Stronach hätte auch auf der Bun-

desebene kein „Leiberl“ und eine ganze Reihe von neuen Partei-gründungen würde es gar nicht geben. Bei der FPÖ wäre alles gleich. Die Sozialdemokraten hätten ihre straffe Organisation und ihre weite Verästelung in viele staatliche und halbstaatliche Bereiche genützt, um eine extrem angriffslustige und strukturkonservative Oppositionspolitik zu machen. Dort würden sich Zynismus und Sarkasmus die Hand reichen. Josef Cap wäre Parteichef.

Österreich wäre im europäischen und im weltweiten Vergleich nicht nur in Sachen Wirtschaft und Kultur das Musterland, das es ist, sondern auch in Sachen Politik und Zivilgesellschaft, und vielleicht sogar im Medienbereich.

Aufwachphase

Aber jetzt winde ich mich aus meinem kleinen Tagtraum, blende in die Gegenwart und versuche Einschätzungen der Zukunft:

Sosehr ich damals Schwarz-Grün als möglich und richtig angesehen habe, so finde ich Schwarz-Grün heute unmöglich und falsch, ganz abgesehen davon, dass eine Mehrheit derzeit nicht realistisch erscheint. (Wobei derartige Banalitäten niemanden am Denken und Diskutieren hindern sollten. Das zeigt das oben erwähnte Beispiel aus dem Jahr 1999 von den Pionieren der Initiative Christdemokratie.)

Die Grünen unter Alexander Van der Bellen waren eine andere Partei, als es jene unter Eva Glawischnig ist. Ich empfehle dazu einen sehr le-senswerten Blog-Eintrag unter www.nattl.at, der im Dezember 2012 unter dem Titel „Was ist los mit den Grünen?“ erschienen ist. Die Autorin analysiert mit spitzer Feder die Grünen in Österreich, auch im internationalen Vergleich.

Je länger ich politisch tätig bin, desto mehr bin ich der Überzeugung, dass das Axiom von Sir Karl Popper stimmt, wonach sich eine De-mokratie von einer Diktatur dadurch unterscheidet, dass in einer De-mokratie die Regierung zur Disposition steht: Die Regierung kann durch die Bevölkerung weiter beauftragt oder abgewählt werden.

– Damit eine Demokratie voll gelebt werden und sich voll entfalten kann, braucht eine Regierung für ihre Amtszeit – also für die Zeit bis zur nächsten Wahl – volle Handlungsfähigkeit. Denn dann wissen die Bürgerinnen und Bürger, woran sie sind. Koalitionen bringen naturgemäß nur teilweise Handlungsfähigkeit für die einzelnen Regierungsmitglieder. Unsere Zustände auf der Bundesebene führen oftmals zu unklaren Mehrheitsverhältnissen und damit zu Koalitionen. Wenn dann in der Regierung etwas nicht klappt, redet sich der eine Partner auf den anderen aus – und Bürgerinnen und Bürger haben kaum die Möglichkeit, die Lage zu überblicken.

Vor zehn Jahren waren die Grünen eine Partei, von der sich die Volkspartei durchaus die sprichwörtliche „Scheibe abschneiden“ hätte können. Heute sind die Grünen das ganz und gar nicht. Programatisch ist die Volkspartei dann eine „Volks-Partei“ im Sinne einer integrativen Kraft, wenn sie eine Breite lebt, die vergleichsweise von der Position der CSU über jene der CDU bis zu jener der FDP reicht. (Die FDP hat kein Pendant in Österreich, jedenfalls nicht außerhalb der ÖVP.) Diese Breite ist möglich. Denn mancherorts hat die Volkspartei schon diese Breite, andernorts ist sie auf dem Weg dorthin. Und das ist gut so, denn eine integrative Kraft ist heute wichtiger als je zuvor in der Zweiten Republik.

Wenn ich heute in meinen Web-Browser die Adresse www.schwarzgruen.org eintippe, erscheint die Fehlermeldung: „Der Server konnte nicht gefunden werden.“ Das sagt eigentlich alles.

Umherschweifende Teilchenbeschleuniger

Eine Koalition von ÖVP und den Grünen hätte die Republik wohl nicht umfassend moderner oder ökologischer gemacht

Claus Pándi

Im August 1999 traf ich Joschka Fischer zum Interview im Salzburger Café Tomaselli. Fischer kam im dunkelblauen Dreiteiler, mit goldener Taschenuhr im Gilettäschchen und Budapestern. Er spielte die Rolle des Außenministers formvollendet. Ich fragte ihn, ob er sich in dieser Verkleidung nicht komisch vorkomme, und Fischer antwortete: „Nee. Ich stelle mich immer so vor den Spiegel und sage: ‚Joschka, ach siehst du gut aus!‘“ Einige Tische weiter saß Wolfgang Schüssel, der mir das Gespräch mit seinem Amtskollegen aus Deutschland vermittelt hatte. Schüssel trug damals noch Fliege, ein auf breitschultrig geschnittenes Sakko und Sneakers. Fischer kam von sich aus auf den offensichtlichen Unterschied zu sprechen. Hier der grüne Superstar und Ex-Sponti im eleganten Tuch mit ewigen Gewichtsproblemen, dort der hagere und genussferne religiöse Reaktionär in seiner buntscheckigen Aufmachung. Joschka Fischer musterte Schüssel über die Tische und Stühle hinweg und sagte, dass „jeder seinen Stil hat“. Und Schüssel habe aus seiner Sicht „einen unverfälschten Stil, er ist der wesentlich kunstsinnigere Mensch.“ Er, Fischer, habe seine Devise, und die laute: „wenn schon konservativ, dann richtig“.

Asket und Attitüde

Wir sprachen dann noch über die Kosovo-Krise und das Engagement der Amerikaner und seine Probleme mit den Grünen in dieser Frage. Fischer stand damals noch sehr unter dem Eindruck der Tumulte beim Bielefelder Parteitag und er sagte, man könne „bei den Grünen nie alles im Griff haben“. In Erinnerung blieb mir allerdings vor allem der optische Unterschied zwischen Fi-

scher und Schüssel. Nun gilt es als unschicklich, Dinge an Äußerlichkeiten zu bemessen. Wenn Kleidung und Accessoires freilich ein Statement sein wollen, und das war es bei Fischer wie auch bei Schüssel, ist es zulässig, aus dem Vergleich Rückschlüsse zu ziehen. Schüssel ist und war immer ein Asket. Und wenn es nach Nietzsche geht, sind Asketen immer auch Machtmenschen, weil sie Herrschaft über sich selbst haben. Das Verspielte an Schüssel, das im Widerspruch dazu stehen könnte, war wengleich zumeist ungespielt so doch auch Attitüde. Bei Fischer, dem heutigen Siemens-Lobbyisten, ist und war so ziemlich alles Attitüde. Dennoch kommen beide, Fischer wie Schüssel, aus einer politischen Welt, in der die Frage, wie wir leben wollen, eine bestimmende Rolle einnimmt. Dass sich solche Absichten mit einer im politischen Gewerbe berufsbedingten Verschleißunruhe teilweise verlieren können, ändert nichts an den ursprünglichen Absichten, die bei passender Gelegenheit abgerufen werden können. Im Tagesgeschäft unvermeidbare Zielabänderungen werden auf einer zweiten Spur stets vom politischen Gedächtnis begleitet bzw. von den Medien in Erinnerung gehalten oder gerufen. Komplizierter wird die Angelegenheit allerdings dann, wenn sich im kollektiven Gedächtnis keine Spuren ehemaliger Absichten finden lassen.

Gefühl für das Kommende

Wenn heute, auch von mir, beklagt wird, dass die aktuelle Politik nichts wolle, ist ein Blick zurück zumindest nützlich. Denn dass „das Traurige an unserer Zeit nicht ist, was sie nicht erreicht, sondern was sie nicht versucht“ und dass „im Versuchen der echte Idealismus liegt“, ist kein zeitgenössischer Kommentar, sondern von Marcuse. Also könnten alle jetzigen Klagen über die Absichtslosigkeit der Regierenden ähnlich dumm sein wie der Satz, dass alles, oder zumindest die Jugend, früher besser gewesen wäre. Aber so wie man ein Auto nicht nur mit dem Blick in den Rückspiegel steuern kann, lässt sich auch Politik nicht nach hinten gewandt lenken. Der Wert einer politischen Leistung kann nur mit einem Gefühl für das möglicherweise Kommen-

de ahnungsvoll bewertet werden. Und bei allen Schwierigkeiten der handelnden Personen lässt sich sagen, dass eine Koalition von ÖVP und den Grünen die Republik wohl nicht umfassend moderner oder ökologischer oder insgesamt fortschrittlicher gemacht hätte. Auch einem Wolfgang Schüssel im koalitionären Verbund mit einem im charmant selbstverliebten akademischen Habitus gefangenen Alexander Van der Bellen wäre eine „Dritte Industrielle Revolution“ freilich nicht gelungen, wie das Jeremy Rifkin allerdings auch erst 2011 propagiert hat. Rifkin hat jedoch seine Thesen in Buchform als Denkanregung vorgelegt und in Ermangelung einer politischen Funktion nicht in politische Realität umsetzen können oder müssen, die unter dem Druck von Staaten, Staatenbünden, Institutionen, Organisationen und globalen Unternehmen schwer ohnehin kaum kontrollierbaren Fliehkräften ausgesetzt gewesen wäre. Aber Wolfgang Schüssel, der möglicherweise vergessen hat, dass er das „Handorakel und die Kunst der Weltklugheit“ des Moraltheologen Gracián einmal zu seinen Lieblingsbüchern gezählt hat, und Van der Bellen, der sich kokett zu seiner Liebe zu Donald-Duck-Heften bekennt, wären unter Umständen das gewesen, was heute in der Populärkultur als „Hipster“ bezeichnet wird. Für den „Spiegel“ sind „Hipster“ jene Sozialfiguren, die uns gegenwärtig so seltsam vorkommen wie vor einigen Jahrzehnten noch „Großstadtindianer“ und umherschweifende „Haschrebellen“. Schüssel und Van der Bellen: das wäre also etwas gewesen!

Gutmenschliche Mimikry

Unter dem Zusammenhalt dieses hipstermäßigen, also subkulturellen politischen Duos hätte es jene spießig-kleinbürgerliche Grundtonalität gegeben, die den Grünen und der ÖVP bis heute eigen ist und sich vor allem in einer gutmenschlichen Mimikry verliert. Das grüne Lager, das nach wie vor „Frieden auf der Welt und eine Welt ohne Waffen“ als außenpolitische Grundmaxime parolisiert, in Verbindung mit dem früher jungscharhaften Auftreten Schüssels wäre eine unkonventionelle Ehe gewesen, die am Ende unter Umständen den Handke-Titel „Als das Wün-

schen noch geholfen hat“ verdient hätte. Denn zweifellos wäre die schwarz-grüne Konstellation durch ihre Spitzenvertreter auch eine Bildungsbürger-Beziehung gewesen. In meiner romantischen Vorstellung wären hier zwei politisierte Menschengruppen aufeinander getroffen, die am Ende eines EU-Gipfels über Adornos „Minima Moralia“ debattiert und sich den Themen, ob ein gutes, ehrliches Leben in einer unmenschlichen Gesellschaft geführt werden könne, gewidmet hätten. Es ist anders gekommen, Adorno ist geblieben und Schüssel muss sich der Antwort stellen, dass „es kein richtiges Leben im falschen gibt“.

Wider die Erstarrung

Dennoch hätte die mutmaßlich kurzlebige schwarz-grüne Koalition den Anstoß zu einer wesentlich lebendigeren politischen Kultur wider die großkoalitionäre Erstarrung gegeben. Eine intellektuellere Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Fragen von Bildungszielen bis zur Zuwanderung wäre eine unweigerliche, aber begrüßenswerte und überfällige Folge gewesen. Die Annäherung zwischen der ÖVP und den Grünen hatte schon bei den letztlich gescheiterten Koalitionsverhandlungen zu bemerkenswerten Konstellationen geführt. Ich kann mich noch gut erinnern, wie begeistert Ernst Strasser damals von seinen Gesprächsrunden mit Peter Pilz berichtet hatte. Ich bin überzeugt, die Karrieren beider Politiker hätten durch eine gemeinsame Regierungsarbeit einen ganz anderen, entschieden erfreulicheren Verlauf genommen. Entscheidend sind am Ende doch die persönlichen Beziehungen, im positiven, nicht im korrupten Sinn; persönliche Beziehungen stehen in der Politik seit Langem unter Generalverdacht – gemeint ist die Existenz der Freundschaft in der Politik, einer Politik der Freundschaft, wie das Derrida formuliert hat. Es geht dabei um ein kanonisches Modell, das mit Herkunft und Lebensverläufen zu tun hat. In diesem Sinne zählen auch Konkurrenz sowie gegenseitige Abneigung oder Ablehnung dazu, die gleichermaßen zu einem oder keinem Ergebnis führen können. Manchmal soll die positive Kraft des Verhinderns nicht unterschätzt werden.

Unterschiedliche Ergebnisse

Zwei jüngere Koalitionsexperimente mit den Grünen im lokalen Feldversuch zeigen sehr deutlich, dass ähnliche Ansätze zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können. Zum einen die mäßig funktionierende Koalition zwischen SPÖ und Grünen in Wien, die einerseits mit der großen charakterlichen Ähnlichkeit zwischen Michael Häupl und Maria Vassilakou bei gleichzeitiger Ablehnung der Apparate zu begründen ist. Das einzige Motiv und das verbindende Element dieser politischen Paarung ist die Machterhaltung oder Machterlangung. Gesellschaftspolitisch ist diese Kombination letztlich absichtslos und Energieverschwendung auf mittlerem Niveau. Zum anderen gibt es die mit teilweise hervorragenden Ergebnissen arbeitende Koalition zwischen der ÖVP und den Grünen in Oberösterreich. Mit Josef Pühringer und Rudi Anschöber sind zwei Politiker aufeinander getroffen, die auf den ersten Blick unterschiedlicher nicht sein könnten. Der pragmatische Zugang, politische Ziele erreichen zu wollen, ist hier das einende Element. Allerdings denke ich, dass die bedauerliche Erkrankung Anschobers auch damit zu tun hat, dass es möglicherweise eines enormen Kraftaufwands bedurft hatte, um an dieses Ziel zu gelangen, eines Aufwands, bei dem einer auch ausbrennen kann. Schüssel und Van der Bellen wären hier aus jenem Material gewesen, das idealtypische Bedingungen für eine Zusammenarbeit hergestellt hätte. Van der Bellen, gewiss mit dem ökonomisch weitaus besseren Rüstzeug ausgestattet, Schüssel hingegen mit ausreichend politischer Handwerkserfahrung. Eine Kombination, die sich auch ein gegenseitiges morales Korsett gegeben hätte und aus der Autorität zu gewinnen gewesen wäre. Eine Autorität, mit der auch bei Gegenwind Grundkonsens bei gesellschaftlich umstrittenen Themen hätte hergestellt werden können.

Versäumte Chance

Nach einem (wegen der bloßen Dauer unwahrscheinlichen) Jahrzehnt eines koalitionären Bündnisses von ÖVP und Grünen,

verkörpert durch die Personen Schüssel und Van der Bellen, hätte zumindest die Basis eines grundlegenden Wandels, der nicht mit der viel zitierten schwarz-blauen Wende vergleichbar ist, gelegt werden können. Nicht etwa, weil die Republik neu geschaffen, aber in Ansätzen sehr wahrscheinlich neu erfunden worden wäre. So wie Newton erklärte, dass „alles von bestimmten Kräften abhängen könnte, durch die Teilchen der Körper aus noch nicht bekannten Ursachen entweder wechselseitig gegeneinander stoßen und in regelmäßigen Strukturen zusammenhängen, oder sich wechselseitig fliegen und voreinander zurückweichen“. Schwarz und Grün ist damit eine versäumte Chance, die in dieser Form sich so rasch nicht wieder bieten wird. Aber es werden neue Möglichkeiten kommen und damit weitere Gelegenheiten, diese zu verpassen. Das ist die realpolitisch nüchterne Erkenntnis, die sich nur durch das berühmte Warten auf den Pendelausschlag mildern lässt. Aber wie heißt es in einem Gedicht von Etel Adnan: „Wir gehen in reine Ferne ein, Richtungen sind austauschbar.“

Eine Episode

Warum die Grünen der ÖVP gutgetan hätten und Schwarz-Grün doch nur eine Episode geblieben wäre

Andreas Koller

Wenn Wolfgang Schüssel damals ... und hätte Alexander Van der Bellen ... und würde Eva Glawischnig ... und wenn die Wiener Grünen damals nicht quergetrieben hätten. – Es ist reizvoll, gedanklich in eine Welt einzutauchen, in der die genannten Personen mehr Mut gehabt hätten. Eine Welt, in der sie das Wagnis eingegangen wären, in den ersten kalten Tagen des Jahres 2003 eine schwarz-grüne Bundesregierung zu bilden. Die FPÖ war damals zerstört, die hatte sich im September zuvor in Knittelfeld in die Luft gesprengt, die ÖVP unter Wolfgang Schüssel hatte ihr bei den Novemberwahlen den Rest gegeben. Susanne Riess-Passer, die konstruktive Vizekanzlerin, hatte entnervt von ihrer eigenen Partei die Politik verlassen. Es bestand keine wirkliche Notwendigkeit für die ÖVP, die in jeder Hinsicht traurigen Restbestände der Freiheitlichen wieder in die Regierung zu holen. Denn auch mit den Grünen wäre eine Regierungsmehrheit zu erzielen gewesen. Es ist nicht dazu gekommen. Was wäre gewesen, wenn ...

Welche Grünen?

Ja, was wäre passiert, hätten Wolfgang Schüssel und Alexander Van der Bellen einen Koalitionspakt unterzeichnet? Was wäre anders gelaufen? Besser oder schlechter? Ehe man ernsthaft über diese Frage diskutiert, muss geklärt werden, um welche Grünen es sich 2003 ff. eigentlich handelte bzw. gehandelt hätte. Um jene Grünen, die – personifiziert beispielsweise durch Rudi Anschöber – in Oberösterreich seit geraumer Zeit eine vernünftige und erfolgreiche Koalition mit der ÖVP bilden? Oder um jene Grünen, die – personifiziert durch Maria Vassilakou – in Wien seit zwei Jahren in einer Rotgrün-Konstellation Klientelpolitik betrei-

ben und die Demokratie durch mehr oder minder aufgeklärten Absolutismus ersetzt haben?

Die wahrscheinlichste Antwort auf diese Frage lautet: Die ÖVP hätte ihre Koalition wohl mit den Anschöber-Grünen gebildet, die aber alsbald unter den Druck der Vassilakou-Grünen geraten wären. Ganz ähnlich, wie im Jahr 2000 ff. die Riess-Passer-Freiheitlichen unter den Druck der Haider-Freiheitlichen geraten sind. Denn so unterschiedlich Grüne und Freiheitliche auch sein mögen: Sie haben gemeinsam, dass nur ein Teil ihrer Führungsmannschaft regierungsfähig und -willig ist. Und dass nur ein Teil ihrer Basis bereit ist zu akzeptieren, dass Regieren auch heißt, Kompromisse einzugehen. Bei den Grünen ist dieser konstruktive Teil zweifellos deutlich größer als bei den Freiheitlichen.

Aber dennoch: Eine 2002 gebildete Koalition aus ÖVP und Grünen hätte möglicherweise keinen langen Bestand gehabt – vielleicht zwei Jahre, ganz ähnlich wie die erste Koalition zwischen ÖVP und FPÖ. Und: Ganz ähnlich wie die Freiheitlichen 2002 in Knittelfeld hätte es auch die Grünen zerrissen. Wenngleich der Bruch zwischen Regierungsrealos und Oppositionsfundis bei den Grünen um Etliches zivilisierter verlaufen wäre, als es bei den blauen Rabauken der Fall war.

Was erspart geblieben wäre

Und doch wäre dem Land einiges erspart geblieben, hätten Wolfgang Schüssel, Alexander Van der Bellen und die damals bereits in der Kronprinzessinnenrolle agierende Eva Glawischnig eine Bundesregierung zustande gebracht. Im Folgenden eine kleine und durchaus unvollständige Liste an Grauslichkeiten, die Österreich unter Schwarz-Grün erspart geblieben wären.

- Skandale: Die schäbigsten Affären der schwarz-blauen Regierung sind erst nach 2002 passiert. Erst nach 2002 hat sich der wilde Parteiflügel von Knittelfeld durchgesetzt. Maßvolle Persönlichkeiten, Stichwort Riess-Passer, kehrten der Politik den

Rücken, Haider-Buben wie Gernot Rumpold und die unsäglichen Gebrüder Scheuch rückten ins Geschehen, Glücksritter wie Karl-Heinz Grasser verloren jeden Genierer. Die ÖVP stand ihrem Koalitionspartner in moralischer Verkommenheit nur um weniges nach, Ex-Sekretäre und burgenländische Landadelige aus dem schwarzen Umfeld kamen ganz groß ins Geschäft. An den Folgen, von den Eurofightern bis zur BUWOG, hat Österreich schwer zu tragen. 2002 ff. verwandelte sich Österreich in ein Land mit mafiosen Strukturen.

Vieles spricht dafür, dass all das unter grüner Beteiligung nicht geschehen wäre. Die nicht vorhandene Affinität dieser Partei zur Korruption ist beachtlich, beachtlich sind auch die investigativen Leistungen von Persönlichkeiten wie Gabriela Moser, Peter Pilz, Rolf Holub, Werner Kogler und anderen. Vielleicht hätte ein grüner Justizminister, eine grüne Justizministerin auch der Justiz frühzeitig jenen Schwung verliehen, den man in der Korruptionsbekämpfung seit Neuestem – also um Jahre zu spät – verbuchen kann. Von Grassers Homepage bis zu Rumpolds Eurofighter-Millionen: Allzu lange hat Justitia sich blind gestellt – wohl in der Gewissheit, dass die Regierenden diese Blindheit als vornehmste Aufgabe der Justiz erachten. Jetzt erst, sehr spät, hat Justitia die Augen geöffnet.

Reformen?

- ➔ Reformen: In dieser Hinsicht fällt es schwer, an durchschlagende Erfolge einer schwarz-grünen Regierung zu glauben. Eines der zentralen Projekte, die die Regierung Schüssel nach 2002 zustande brachte, war die Pensionsreform. Es handelte sich um einen durchaus gelungenen Versuch, die explodierenden staatlichen Pensionszuschüsse wenigstens einigermaßen in den Griff zu kriegen. (Nebenbemerkung: Hätte die Koalition Gusenbauer/Molterer diese Reform nicht in einer wahnwitzigen Parlamentsitzung knapp vor den Nationalratswahlen 2008 zunichte gemacht, hätten wir heute weniger Geldsorgen.) Eine Pensionsreform mit den Grünen ist nicht leicht vor-

stellbar, ebenso wenig eine steuerliche Entlastung der Erwerbsarbeit und eine Durchforstung von Bürokratie, Verwaltung und Föderalismus. All das sind keine grünen Herzensanliegen, die schwarz-grüne Koalition hätte hier also nicht viel weitergebracht. Doch andererseits: Unsere derzeitige rot-schwarze Regierung bringt auf diesem Gebiet auch nicht viel weiter.

- Gesellschaftspolitik: Auf diesem Felde hätte der ÖVP ein grüner Koalitionspartner gutgetan. Die gesellschaftspolitischen Ansätze der Volkspartei, von der Familien- und Schulpolitik bis hin zur Haltung zur Homo-Ehe, sind verstaubt bis unerträglich. Durchlüftung täte not, sie hätte unter Schwarz-Grün vielleicht stattgefunden. Doch schon wieder muss ich mir selbst ins Wort fallen. Und zwar mit der Frage, ob die Grünen tatsächlich der richtige Partner für diese Durchlüftung gewesen wären. Denn derzeit oszilliert diese Partei in seltsamer Weise zwischen bobo-kompatibler Wellness-Ideologie und gestrenger neuer Verbotskultur. Die Freiheit des Einzelbürgers (oder, wie man in grüner Correctness schreiben muss: die Freiheit des/der EinzelbürgerIn) wird nicht begrenzt durch die Freiheit des anderen Bürgers, sondern durch die Vorschriften der neuen Josephinisten in Grün. Vom Autofahren bis zur Schanigartenbeheizung erfasst eine von den Grünen inspirierte Ver- und Gebotskultur das Land. Unternehmer müssen sich vorschreiben lassen, wen sie in ihren Aufsichtsrat setzen. Wohnungseigentümer sollen nicht mehr frei darüber entscheiden dürfen, an wen sie ihre Wohnung vermieten. Und wieder falle ich mir ins Wort: Für all diese politisch sicherlich überaus korrekten Ver- und Gebote braucht man keine Grünen. Es reichen die rot-schwarze Bundesregierung und die EU-Kommission.

Unerträglicher Steuerdruck

- Europa: Die Grünen haben sich, wer hätte das 1994 gedacht, zu einer ernst zu nehmenden und seriösen Europapartei entwickelt. Seriöser sogar als die Regierungsparteien. Im Gegensatz zu SPÖ und ÖVP kühlen sie nie ihr Mütchen an Brüssel. Sie produzieren keine Billig-Schlagzeilen durch wohlfeiles Brüssel-Bashing. Sie schwingen keine Veto-Keulen. In dieser Hinsicht hätte man sich die Grünen 2003 anstelle der plump-populistischen FPÖ in der Regierung gewünscht. Und man tut dies auch 2013.

- Budgetpolitik: Die Grünen sind sich in ihrer Mehrheit der Dramatik der Budgetsituation bewusst. Sie halten eine Budgetsanierung keineswegs, wie man annehmen könnte, für ein Hobby böser neoliberaler Kreise. Das Problem besteht darin, dass sie für eine einnahmenseitige Budgetsanierung sind. Wer auf eine Entlastung des unerträglichen Steuerdrucks hofft, der darf kein Anhänger einer schwarz-grünen Regierung sein. (Und natürlich noch weniger einer rot-grünen Regierung.) Dass die ÖVP die Steuervisionen der Grünen einbremsen könnte, ist nicht mehr als eine eitle Hoffnung. Johanna „her mit dem Zaster“ Mikl-Leitner und der etatistische Flügel der Grünen – und einen anderen Flügel der Grünen gibt es nicht – würden eine für den Steuerzahler teure Allianz eingehen.

- Visionen und Werte: In diesem Punkt hätte Schwarz-Grün Österreich viel gebracht. Beide Parteien verbindet eine wohlthuende „Down-to-Earth“-Ideologie. Zwischen der Ländlich-Sittlichkeit der ÖVP und der Bruder-Baum-Philosophie der Grünen gibt es große Schnittmengen. Die Grünen hätten die drögen gesellschaftspolitischen Ansätze der ÖVP ein wenig beflügeln können. Und die ÖVP hätte den Grünen klarmachen können, dass der Strom nicht aus der Steckdose kommt. Und dass nicht das Fahrrad die Antwort auf sämtliche verkehrspolitische Probleme ist. Eine reizvolle Vorstellung.

Wäre Österreich, hätten Schüssel und Van der Bellen vor zehn Jahren ihren Pakt unterzeichnet, heute also ein anderes Land? Wohl kaum, abgesehen davon, dass wir uns heute mit deutlich weniger Korruptionsskandalen befassen müssten. Was keine üble Bilanz wäre. Doch jede Wette: Die Regierungsspitzen des Jahres 2013 hießen trotzdem Werner Faymann und Michael Spindelegger. Die schwarz-grüne Regierung wäre wohl Episode geblieben.

Schwarz-Grün

Eine Spekulation in Form eines fiktiven Wikipedia-Eintrages des Jahres 2013

Barbara Tóth

Als „Schwarz-Grün“ oder „schwarz-grüne Koalition“, umgangssprachlich auch „öko-sozial“ oder ironisierend „Ja natürlich!“- bzw. „Kernöl“-Koalition bezeichnet man in Österreich das Regierungsbündnis zwischen der Österreichischen Volkspartei und den Grünen, das im Jahr 2003 begründet und 2007 bei den Nationalratswahlen im Amt bestätigt wurde und im Jahr 2013, nach einer großen Wahlrechtsreform, die eine Verlängerung der Legislaturperiode auf sechs Jahre brachte, erneut zur Wahl stehen wird. Die Chancen, dass dieses Bündnis ein drittes Mal die österreichische Regierung stellen kann, sind intakt. In Umfragen kommt die ÖVP derzeit auf 29 Prozent, die Grünen auf 25, die SPÖ auf 28 und die FPÖ auf 18 Prozent.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Vorgeschichte
- 2 Personalia
- 3 Programm
 - 3.1. Reformen
- 4 Einordnung
- 5 Kritik
- 6 Literatur

Vorgeschichte

Bei den Nationalratswahlen 1999 gelang es dem damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Viktor Klima nicht, obwohl er Erster wurde, eine handlungsfähige Koalition zu bilden. Maßgebliche Kräfte Österreichs wünschten sich erneut eine Große Koalition, darunter der Herausgeber der „Kronen Zeitung“, wie

Bundespräsident Thomas Klestil. Die ÖVP unter ihrem Parteiobmann Wolfgang Schüssel, die bei den Wahlen erstmals in ihrer Geschichte hinter der FPÖ auf dem dritten Platz gelandet war, paktierte jedoch mit der zweitstärksten FPÖ unter ihrem damaligen Parteichef Jörg Haider. Die ÖVP bekam den Kanzler, die FPÖ das Vizekanzleramt und einige Schlüsselressorts wie das Finanz-, Sozial-, Justiz- und Landesverteidigungsministerium und Staatssekretäre.

Die sogenannte „schwarz-blaue“, gelegentlich aufgrund der tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse – die FPÖ hatte um 400 Wählerstimmen mehr als die ÖVP bekommen – auch „blau-schwarze“ Koalition stand von Anfang an unter heftigem innenpolitischen wie außenpolitischen Druck (siehe „Sanktionen“). Nach den vorgezogenen Neuwahlen am 24. November 2002 begann Schüssel, der einen ganz auf seine Person zugeschnittenen Wahlkampf geführt hatte („Wer, wenn nicht er“), als unumstrittener Wahlsieger mit ausführlichen Koalitionsgesprächen mit allen infrage kommenden Parteien (mit der SPÖ, damals noch unter ihrem Vorsitzenden Alfred Gusenbauer, später EU-Kommissar für Regionalentwicklung, mit den Grünen und der FPÖ). Sie zogen sich bis in den Februar hinein und wurden von der Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der siegreichen ÖVP zunehmend als quälend empfunden.

In der umgangssprachlich als „Schüssels Einkehr“ in die Parteigeschichte eingegangenen Sitzungsnacht vom 15. auf den 16. Februar kam es schließlich zu folgenschweren Weichenstellungen. In den Tagen zuvor hatten die Koalitionsunterhändler der ÖVP wie der Grünen ihr Koalitionsübereinkommen unter höchster Verschwiegenheitspflicht ausgehandelt. Nur noch letzte Details – darunter der finanzielle Rahmen der Pensions- sowie Gesundheitsreform – waren offen. Die ÖVP wünschte in beiden Bereichen deutliche Einsparungen von je einer Milliarde Euro, die Grünen kämpften um die Berücksichtigung des Arbeitsmarktes und sozialer Kriterien. Als Schüssel in der Schlussrunde ein Kapitel nach dem anderen erneut aufschnürte und neu zu verhan-

deln begann, mobilisierten die Schwarz-Grün-Befürworter, allen voran der spätere Nationalratspräsident Wilhelm Molterer, der als eigentlicher ideologischer Vater dieser Regierungsform gilt, Ernst Strasser und Maria Rauch-Kallat sowie die Schwarz-Grün-Geneigten Elisabeth Gehrler und Andreas Khol die ÖVP-Landesorganisationen. Letztlich dürfte der Wunsch Erwin Prölls, den Grünen vor der FPÖ den Vorzug zu geben, Schüssel überzeugt haben. Die neue, schwarz-grüne Koalitionsregierung wurde am 18. Februar 2012 angelobt. Ihr gehörten 13 Minister und 3 Staatssekretäre an. Der Frauenanteil betrug 43 Prozent.

Personalia

In der ersten Legislaturperiode (2002–2007) stellte die ÖVP den Bundeskanzler (Wolfgang Schüssel, seit Ende November 2004, nach Schüssels Berufung zum Präsidenten der Europäischen Union Josef Pröll), die Außenministerin (Ursula Plassnik, an ihrer Seite die grüne Europastaatssekretärin Ulrike Lunacek), die Bildungsministerin (Elisabeth Gehrler), den Innenminister (Ernst Strasser, an seiner Seite die grüne Integrationsstaatssekretärin Alev Korun), die Gesundheitsministerin (Maria Rauch-Kallat), den Justizminister (Andreas Khol) sowie die Ressortchefs Landesverteidigung (Günther Platter) und Wirtschaft (Martin Barstenstein). Die Grünen regierten mit den Ressorts Vizekanzleramt und Frauen (Eva Glawischnig), Finanzen (Alexander Van der Bellen, ihm zur Seite ÖVP-Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka), Land- und Forstwirtschaft (Gabriela Moser), Soziales (Werner Kogler) und Verkehr (Christoph Chorherr).

In der zweiten Legislaturperiode (2007–2013) antwortete die ÖVP auf den wachsenden Reformdruck der Grünen mit einer Verjüngung ihres Regierungsteams. Das Gesundheitsministerium übernahm die Wienerin Christine Marek, das Wirtschaftsressort die Steirerin Kristina Edlinger-Ploder. Das Bildungsministerium wanderte aufgrund der moderaten Wahlgewinne zu den Grünen und wurde mit Maria Vassilakou besetzt. Nach der Wahl

Alexander Van der Bellen zum Bundespräsidenten im Jahr 2010 (er folgte dem Sozialdemokraten Heinz Fischer nach) übernahm Werner Kogler das Finanzministerium, die Tiroler Grüne Eva Lichtenberger folgte ihm als Sozialministerin nach. Die zweite, schwarz-grüne Koalition ging als erste Regierung in die Geschichte der Zweiten Republik ein, in der mehr weibliche (9) als männliche (7) Regierungsmitglieder arbeiten.

Programm

Politologen haben immer wieder hervorgehoben, dass einer der Schlüssel zum nachhaltigen Erfolg der schwarz-grünen Koalition in ihrer schwierigen Gründungsphase zu finden ist. Nach „Schüssels Einkehr“ in der Nacht vom 15. auf den 16. Februar paktierten ÖVP und Grüne – wie der Öffentlichkeit allerdings erst kurz vor den Nationalratswahlen im Jahr 2007 durch eine Aufdeckungsgeschichte des inzwischen österreichweit auflagenstärksten politischen Wochenmagazins „Falter“ bekannt wurde – ein geheimes, zweites Koalitionsprogramm, das sogenannte „2013-Protokoll“. Darin hielten Grüne und ÖVP ihre geplanten, politischen Meilensteine für den Fall einer Koalitionsneuaufgabe bei gesicherter Mehrheit für die Jahre nach 2007 fest. Diese Perspektive, das haben grüne Politiker seither immer wieder betont, ermöglichte es ihnen, die ersten vier Jahre an der Seite der ÖVP durchzustehen, in denen vor allem die Pensions- und Gesundheitsreform sowie der versuchte Ankauf von neuen Abfangjägern das grüne Stammklientel auf eine harte Probe stellten. Im Gegenzug gewährte die ÖVP den Grünen für die zweite Legislaturperiode größeren Spielraum bei gesellschaftspolitischen Vorhaben.

Reformen

Zu den größten Reformvorhaben der schwarz-grünen Koalition in Österreich zählen die bereits erwähnten Pensionsreformen I und II und III (2003, 2008 und 2011), die ein kompliziertes Abschlag- sowie Anreizsystem für Frührentenisten und Menschen brachten, die länger als gesetzlich vorgeschrieben arbeiten wol-

len. Den von der ÖVP gewünschten Leistungskürzungen stimmten die Grünen nach langem Zögern zu, dafür konnten sie die von ihnen favorisierte Vereinheitlichung der unterschiedlichen Pensionssysteme (geplant bis 2024) durchsetzen.

Die ÖVP beharrte auf der Schaffung einer staatlich geförderten, Kapitalmarkt-gestützten, privaten Pensionsvorsorge als dritte, freiwillige Säule. Die Grünen unterstützen dieses – im Zuge der Finanzmarktkrise kaum noch attraktive – Vorhaben nicht, ließen die ÖVP jedoch gewähren und verhandelten im Gegenzug eine verpflichtende Mindestpension in der Höhe von 800 Euro für jeden Pensionisten aus. Das war der erste Schritt zu der mittlerweile bundesweit eingeführten „Ökosozialen Mindestsicherung“, die die verschiedenen föderalen, sozialen Stützsyste (Notstandshilfe, Sozialhilfe etc.) im Jahr 2005 ablöste und erstmals Arbeitsmarktmaßnahmen nach ökologischen Gesichtspunkten steuert.

Mit der „Großen Ökosozialen Steuerreform“ 2003, die in zwei Fünfjahresschritten wirksam wurde, konnte Österreich europaweit Anerkennung und Aufsehen ernten. Sie wird auch immer wieder als Grund dafür genannt, dass Wolfgang Schüssel im Jahr 2004 das Amt des EU-Ratspräsidenten erklimmen konnte – trotz der Verwerfungen, die aus der Sanktionszeit geblieben waren.

Diese Steuerreform kombiniert eine radikale Vereinfachung der Einkommenssteuersätze, angelehnt an eine Flat Tax, jedoch mit einem Negativsteuersystem für die unteren Einkommenschichten, mit einer kilometerabhängigen Besteuerung des Verkehrs sowie fossiler Energieträger. Die Lkw- und Pkw-Maut, die in den ersten zwei Jahren nach ihrem Einführen für heftigen Widerstand bei Unternehmen und Pendlern sorgte, ist inzwischen akzeptiert. Unter anderem auch, weil die Grünen im Jahr 2010 ihr lang gehegtes Signalprojekt, die Einführung von deutlich billigeren Jahreskarten für den öffentlichen Verkehr, umsetzen konnten. Die ÖVP, deren Klientel die Hauptlast der verkehrs- und energiebezogenen Reformschritte tragen musste, konnte im Gegenzug die von den Grünen immer wieder geforderte Erhöhung der Erb-

schaftssteuer bis dato verhindern. Eine Finanztransaktionssteuer soll im Jahr 2013 jedoch eingeführt werden.

Ebenfalls 2003 wurden das einkommensabhängige Kindergeld sowie der „Nationale Kinderbetreuungsplan 2024“ beschlossen, der das Recht auf einen geförderten Betreuungsplatz für jedes Kind ab einem Jahr mit dem Ausbau der Betreuungsstätten bzw. einer massiven Anwerbung von Tagesmüttern erreichen will. Seit 2003 ist auch das 5. Kindergartenjahr verpflichtend. Die Betreuungsquote bei unter Dreijährigen konnte seitdem massiv gesteigert werden, gleichzeitig verkürzte sich die durchschnittliche Karenzzeit um sechs Monate, und der Anteil an Vätern, die in Karenz gehen, stieg auf 24 Prozent. Zu den größten Überraschungen der ökosozialen Koalition gehört, dass Österreichs Geburtenrate zwischen 2002 und 2012 kontinuierlich anstieg und aktuell bei 1,76 Kindern pro Frau liegt. Derzeit arbeitet das Institut für Familienforschung an einer Studie, um die genauen Ursachen des „ökosozialen Babybooms“ nachzuvollziehen.

Der von der ÖVP geplante Ankauf von neuen Abfangjägern wurde im Jahr 2004 gestoppt, nachdem mehrere Medien von Unregelmäßigkeiten im Umfeld der beiden Bieterkonsortien berichtet hatten. Derzeit befindet sich das österreichische Bundesheer in Umgestaltung zu einem auf Katastropheneinsätze, Friedenerhaltungsmaßnahmen und Krisenintervention in Bürgerkriegsszenarien spezialisierten Berufsheer. Die Luftraumüberwachung wird mithilfe angemieteter Schweizer Jets und von Österreichs NATO-Nachbarländern gesichert. Die allgemeine Wehrpflicht fällt mit 26. 10. 2013. Gleichzeitig tritt das „Ökosoziale Freiwilligen-Sozialjahr-Gesetz“ in Kraft. Es sieht das neue Berufsbild des „Ökosozialarbeiters“ vor. Andreas Khol lobte dieses Projekt als einen „Meilenstein für die österreichische Bürgergesellschaft und das Umweltvorzeigeland Österreich“.

Im Jahr 2006, ein Jahr vor den Nationalratswahlen 2007, trat das schwarz-grüne „Demokratie-, Verfassungs- und Zukunftspaket 2013“ in Kraft. Darin wurden die federführend von Khol und Pe-

ter Kostelka erarbeiteten Reformvorschläge der großen Staatsreformkommission übernommen. Der Bundesrat, die Länderkammer des österreichischen Parlaments, wurde halbiert, dafür wurde die Landeshauptleutekonferenz als beratendes Gremium beider Kammern in die Verfassung aufgenommen. Kommentatoren sprachen in diesem Zusammenhang von einer Neuinterpretation der Sozialpartnerschaft auf föderaler Ebene.

Die Legislaturperiode wurde im Sinne der politischen Nachhaltigkeit auf sechs Jahre verlängert, nach Kritik der Oppositionsparteien wurden die Minderheitsrechte im Parlament gestärkt. Die Landtage werden jetzt ebenfalls alle sechs Jahre zu einem Termin gewählt, allerdings nicht zeitgleich mit den Nationalratswahlen, sondern stets drei Jahre versetzt. Die Parteienförderung sowie die Justiz (Staatsanwaltschaften) wurden nach deutschem Vorbild neu geordnet.

Noch nicht abzuschätzen sind die Auswirkungen der im Jahr 2012 eingeführten neuen Presseförderung des Demokratie-, Verfassungs- und Zukunftspakets. Unter heftigem Widerstand der Opposition, allen voran des SPÖ-Parteiführers Werner Faymann, wurde nicht nur die vierteljährliche Offenlegung von Schaltungen öffentlicher Stellen, einschließlich Ministerien und Parteien, beschlossen, sondern auch ein neuer Förderansatz, der Qualitätsmedien stark bevorzugt, Gratismedien und Boulevardblätter künftig von staatlichen Förderungen aber ausschließt. Vor allem die Grünen hatten sich für diese „nationale, intellektuelle Kraftanstrengung“ (Alexander Van der Bellen) eingesetzt.

Abgesehen von diesen großen Projekten hat Schwarz-Grün in den vergangenen zehn Jahren eine Vielzahl von kleineren Reformen umgesetzt, die politische Beobachter gerne unter dem Schlagwort „Ja-natürlich!-Welle“ zusammenfassen. Sie betreffen vor allem gesellschaftspolitische Bereiche, und als Motor müssen – auch da sind sich Politologen einig – zumindest in der Anfangsphase die Grünen angesehen werden. Unter diesen Punkt fallen Erleichterungen für Asylwerber (Zugang zum Ar-

beitsmarkt, bessere Bildungsangebote für Asylwerber im Schulalter), Immigranten (Doppelstaatsbürgerschaft für Kinder von Migranten, die in Österreich geboren wurden) sowie ein neues Ehe- und Namensrecht, auch für gleichgeschlechtliche Partner. Das Ansinnen der Grünen, das Binnen-I verpflichtend in offiziellen Dokumenten einzuführen, scheiterte jedoch am Widerstand der ÖVP. Gleichgeschlechtliche Paare dürfen keine Kinder adoptieren, auch hier legte sich die ÖVP quer.

Mit dem „Nationalen Internetpakt“ wurde bereits 2003 das Recht auf Gratis-WLAN für jeden Bürger in die Verfassung geschrieben (maximale Anfahrtszeit zum nächsten Hotspot: 15 Autominuten). Sämtliche Amtswege wurden digitalisiert, öffentliche Daten müssen zugänglich gemacht werden, das Amtsgeheimnis gilt nur mehr in Fällen nationaler Sicherheit oder wenn persönliche Rechte in Gefahr sind.

In der Bildungspolitik arbeitet die grüne Bildungsministerin Maria Vassilakou (seit 2007) derzeit am Perspektivenprojekt „Schule für alle“, das ausgehend von den Bundesländern eine gemeinschaftliche Schule für alle bis 14-Jährigen mit großer innerer Vielfalt bringen soll. Nachdem der mächtigste ÖVP-Bildungspolitiker Fritz Neugebauer sich im Herbst 2012 aus gesundheitlichen Gründen aus seinen vielfachen Positionen zurückziehen musste, hat Vassilakou mit Neugebauers Nachfolgerin Katharina Cortolozis-Schlager ein Gegenüber gefunden, mit der sie, wie Vassilakou sagt, „Eulen nicht mehr nach Athen tragen muss“.

Einordnung

Nach den Enttäuschungen der Großen Koalition (1986–1999) und den turbulenten zwei Jahren der „Kleinen Wende“, wie die von 2000 bis 2002 regierende schwarz-blaue Koalition heute in Österreich genannt wird, wird die schwarz-grüne Koalition von der Bevölkerung im Allgemeinen als Phase der Ruhe und Beständigkeit wahrgenommen. Zu diesem Bild tragen sicherlich

auch die hohe personelle Kontinuität sowie ein neuer Koalitionsstil bei. War die Große Koalition noch von der Idee einer „Konsensdemokratie“ geprägt, die Wenderegierung von der „Konfliktdemokratie“, so erlebt Österreich seit dem Jahr 2002 die „Prozessdemokratie“. Kennzeichnend für die schwarz-grüne Zusammenarbeit ist das prozessorientierte Erarbeiten von Lösungen, weshalb Reformen oft auch in mehreren Phasen eingeführt wurden. Das ermöglichte beiden Parteien, innere Widersprüche schrittweise abzubauen bzw. manche Ergebnisse auch offen zu lassen bzw. nachzubessern. Für die Opposition, aber auch für die österreichische Öffentlichkeit bedeutete dieser „Work-in-Progress“-Ansatz anfänglich eine große Umstellung. Dank der neu gestalteten Presseförderung erwarten sich Medien- und Politikwissenschaftler jedoch eine niveaувollere, Widersprüche ausarbeitende Medienbegleitung der Regierungsarbeit, die wiederum den BürgerInnen mehr Verständnis für die Mühen der Ebene der Politik gibt.

Historiker haben vielfach darauf hingewiesen, dass es in Österreich – bis auf eine kurze Phase der Alleinregierung Bruno Kreisky in den 1970er-Jahren – strukturell stets eine konservative Mehrheit gegeben habe und dieses Faktum unbedingt als Erklärung für die erstaunliche Stabilität der schwarz-grünen Koalition heranzuziehen sei.

Im Zuge des Regierens konnten sich in beiden Parteien die moderat-bürgerlichen Kräfte durchsetzen. Die Grünen sind de facto die Aufsteigerpartei des neuen Bildungsbürgertums geworden, ihre Wähler sind nach wie vor wirtschaftsorientiert, aber gesellschaftspolitisch und in der persönlichen Lebensgestaltung liberalumweltbewusst. Die ÖVP vertritt das klassische Unternehmerklientel, Kapitalinteressen, gesellschaftspolitisch Konservative, aber auch die wachsende Gruppe der mittelständischen Modernisierungsverlierer, denen die Parolen der SPÖ und FPÖ zu einseitig sind. „Grün heißt wertkonservativ, CDU strukturkonservativ“, dieses Zitat des deutschen grünen Bundesvorsitzenden Cem Özdemir gilt für die österreichischen Grünen und die ÖVP seit

den Nullerjahren des zweiten Jahrtausends. Am Rande der ÖVP blieben die forciert wirtschaftsliberalen bzw. rechtskonservativen Flügel bestehen, bei den Grünen hat sich – vor allem in Wien – eine prononciert linke Gruppierung gehalten. Der Koalition gelang es aber bis dato, diese Strömungen bei Bedarf in ihre Arbeit zu integrieren und damit das größtmögliche Meinungsspektrum innerhalb der eigenen Reihen abzubilden.

Gerne wird von Beobachtern auch die Familienmetapher herangezogen, wenn es gilt, die emotionalen Aspekte der ökosozialen Koalition zu beschreiben. „Im Grunde handelt es sich hier um eine groß angelegte, politische Familienzusammenführung. Die Kinder der Bürgerlichen sind nach Hause zurückgekehrt, mit frischen, neuen Ideen haben sie das Erbe ihrer Eltern entstaubt und neu belebt“, lautet etwa ein Zitat dazu. Die „Ja-natürlich!“-Metapher spielt wiederum auf eine der Hauptvermarktungsstrategien der Koalition an, nämlich wirtschaftliche und ökologische Themen keinesfalls zum Widerspruch zu machen, sondern zur selbstverständlichen Einheit. Als „Kernöl“-Koalition wird Schwarz-Grün im Zusammenhang mit dem (bewusst inszenierten oder tatsächlichen, das sei dahingestellt) von ihr gepflegten Lebensstil bzw. Image gerne titulierte. „Moderne Urbanität“, „Laptop und Lederhose“, „lustvolle Nachhaltigkeit“, „Tradition mit Stil“, „bewusster Konsum“, „fröhliche Hegemonie“, das sind nur einige der Zuschreibungen, die sich seit 2002 in den Medien dazu finden.

Kritik

Unter österreichischen Intellektuellen wurde die schwarz-grüne Koalition einhellig begrüßt, gegen Ende der ersten Legislaturperiode gab es jedoch erstmals auch Kritik am „neuen Spießertum“ und der „Langeweile in Birkenstock- und Maßschuh-Welt der neuen und alten Bürgerlichen“. Statt dem heilsamen Konflikt würden unterschiedliche Interessen „in Arbeitsgruppen mithilfe von Therapeuten, Gruppendynamikern und Beratern ausgewalzt“. Für heftige Reaktionen sorgte der Versuch der grünen

Bildungsministerin, Auftritte von radikalen, umstrittenen Theater- bzw. Musikgruppierungen gesetzlich zu unterbinden. Daraufhin gründete sich die Künstlerformation „GGG“ (Gegen den Grünen Gesinnungsterror).

Die Opposition konzentriert ihre Kritik vor allem auf die Abgehobenheit und auf die gesellschaftspolitischen Steuerungsversuche wie etwa das Demokratie-, Verfassungs- und Zukunftspaket der schwarz-grünen Koalition. FPÖ-Altparteichef Jörg Haider nennt die neue Presseförderung den Versuch zur „nationalen Umerziehung“, SPÖ-Chef Werner Faymann sorgt sich, dass „der kleine Mann keine Stimme mehr in Österreichs Öffentlichkeit haben soll“. Die Koalition regiere „abgehoben, in der heilen Welt jener, die es sich leisten können, alles auf seinen ökologischen Fußabdruck zu überprüfen“.

Literatur*

- Peter Pilz: *„Mein geheimes Verhandlungstagebuch“*, Wien 2003.
- Andreas Khol: *„Der schwarz-grüne Marsch zur Oase in der Wüste Gobi“*, Wien 2003.
- Wolfgang Schüssel: *„Offengelegt, offen gesagt. Europas Weg ins nächste Jahrtausend“*, Berlin-Paris-Straßburg 2004.
- Wilhelm Molterer: *„Zwischen Kernöl und Kernkraft. Traditionen, Herausforderungen und Perspektiven eines überzeugten Ökosozialen. Meine Erinnerungen“*, Linz 2005.
- Alfred Gusenbauer: *„Die solidarische Leistungsgesellschaft. Europäische Perspektiven“*, Brüssel 2005.
- Josef Pröll, Eva Glawischnig: *„Österreich 2024. Auf dem Weg in die ökosoziale Zukunft“*, Wien 2007.
- Alexander Van der Bellen (mit Michael Fleischhacker): *„Auf eine Zigarette, Herr Bundespräsident. Gespräche über Österreich“*, Wien 2008.

* Es handelt sich hierbei um fiktive Literaturangaben der Autorin.

Keine Eurofighter, kein Schmiergeld-Sumpf

Ein Rückblick auf zehn Jahre Schwarz-Grün

Hubert Wachter

Es ist kalt in diesem Februar 2013. Hainburg, das Hotel „Zur Goldenen Krone“ in der Mittelalterstadt, wie Tourismusprofis diese östliche Grenzstadt Österreichs heute verkaufen. Dabei reicht die Geschichte Hainburgs und Umgebung wesentlich weiter zurück als nur ins Mittelalter – es ist das „Römerland“ (Carnuntum), wohin sich die schwarz-grüne Bundesregierung zurückgezogen hat. Zum Feiern. Immerhin, seit zehn Jahren – seit dem 16. Februar 2003 – regieren Österreichs Christlichsoziale, also die ÖVP, und die seinerzeitigen umweltbewegten Revoluzzer, eben die Grünen, die Republik. Damals hatte Wolfgang Schüssel, der kleine, aber durchschlagskräftige Chef der ÖVP, zum zweiten Mal binnen dreier Jahre unglaublich trickreich Freund und Feind mit einer politischen Volte der Sonderklasse verblüfft: Zuerst pokerte er sich nach der Nationalratswahl 2000 als Wahldritter mit dem schlechtesten Ergebnis für die ÖVP seit ihrem Bestehen trotzdem zum Bundeskanzler. Und nun schickte er die FPÖ, deren Chef Haider, obwohl mit 415 Stimmen Vorsprung vor der ÖVP Wahlzweiter gewesen, quasi die Kanzlerwürde eben Wolfgang Schüssel „geschenkt“ hatte, in die politische Wüste. Um fortan mit den Grünen zu regieren – immerhin jetzt schon zehn Jahre lang. Und das gilt es, herzlich zu feiern ...

Schock für die Linke

Zehn Jahre Schwarz-Grün. Die Linke Österreichs hat sich nach wie vor nicht vom Schock erholt. Darüber, dass seinerzeit, im Februar 2003, Wolfgang Schüssel nach seinem furiosen Wahlsieg mit über 42 Prozent der Stimmen zwar das bis dahin andauernde Horrorszenario der Sozialdemokraten – nämlich Schüssels Mesalliance mit der FPÖ – ein Ende gefunden hat, aber dass sie, die Sozialdemokratie, trotzdem von Schüssel erneut aus der Regierungs-Arena ge-

wiesen wurde. Denn Schüssel holte in einem Überraschungscoup einfach die Grünen an Bord – um bequem mit satter Mehrheit als weitaus stärkste Partei in dieser für Österreich neuartigen Koalition einfach weiterregieren zu können.

Ferner: Der Zorn der SPÖ über den trickreichen schwarzen Kanzler war mindestes so groß wie jener Jörg Haiders, dessen FPÖ schlicht von diesem ausgebootet worden war. Und das, obwohl Haider drei Jahre zuvor Schüssel einfach den Kanzler geschenkt hatte und nunmehr, in den ersten Tagen des Jahres 2003, zähneknirschend mit ansehen musste, dass Schüssel wie zum Hohn Haider's FPÖ auflaufen ließ. Mehr noch: Besonders demütigend war es für Jörg Haider, dass dessen politischer Liebling, Finanzminister Karl-Heinz Grasser, unmittelbar vor den Wahlen 2002 die Fronten wechselte, zu Schüssel überlief und diesem erst solcherart zum triumphalen Wahlsieg verhalf, weil 500.000 einstige Haider-Wähler Grasser folgten und die Schüssel-ÖVP wählten. Eine Demütigung für den Barentaler, der fortan schwer beleidigt sein Dasein als Landeshauptmann in Kärnten fristete. Haider damals zornig: „Ja, so ist er, der Schüssel, er hat mich benutzt, hintergangen und jetzt einfach kalt fallen lassen.“

Differenzierte Bilanz

Ja, so begann sie, die schwarz-grüne Regierung, europaweit und innerhalb der EU ein starkes Experiment. In Deutschland hatte zwar die SPD des Gerhard Schröder bereits die dortigen Grünen mit deren Joschka Fischer an Bord der Berliner Regierung – für Österreich aber war diese Konstellation absolutes politisches Neuland. Das mittlerweile erstaunliche zehn Jahre andauert und überlebt hat – Grund genug, einfach ordentlich zu feiern. Dabei, die Bilanz des Kabinetts Schüssel-Van der Bellen fällt bei genauerer Betrachtung durchaus differenziert mit bemerkenswerten Erfolgen, aber auch mit einigen weniger gut gelungenen Regierungsergebnissen aus.

Vor allem positiv zu vermerken ist, dass durch die grüne Regierungsbeteiligung damalige Pläne, Österreich milliardenteure Abfangjäger zu verpassen, in letzter Sekunde vereitelt wurden. Eben durch die

Grünen, deren oberster Korruptionsjäger Peter Pilz damals auf die Gefahr aufmerksam machte, dass es bei jedem Waffengeschäft überall auf der Welt sogenannte „nützliche Aufwendungen“ als Nebengeräusche gibt, die dann als Schmiergelder immer wieder für politische Dramen sorgen. Das sollte man sich ersparen. Ferner ist es der Regierungsbeteiligung der Grünen zu danken, dass seinerzeit durchaus angedachte politische Vorteilsnahmen denn doch nicht umgesetzt wurden. Einmal mehr waren es Van der Bellen, Peter Pilz & Co, die Schüssels Lieblings-Slogan „mehr privat – weniger Staat“, also umfangreiche, finanziell äußerst lukrative Privatisierungen von Staatseigentum, doch in einigermaßen sauberen Bahnen hielten. Da hatte selbst Schüssels Shooting-Star Karl-Heinz Grasser keine Chance, denn die unerbittlichen Controller saßen in der eigenen Regierung. Sehr zum Zorn diverser Berater und Agenturchefs, die jenen in diversen Hinterzimmern der Macht längst schon ausgedachten, eingeplanten und professionell durchorchestrierten, hoch dotierten Provisionen nur mehr nachtrauern konnten.

Wo es rumpelte

Sachpolitisch hatte Schwarz-Grün zu Beginn ihrer Regierungstätigkeit sofort mit dem Budget zu kämpfen, zumal die Sozialausgaben der Republik immer kräftiger anstiegen. Zähneknirschend, aber doch sah die ÖVP bei den Regierungsverhandlungen mit den Grünen rund um die Jahreswende 2002/03 ein, dass sehr viel mehr Geld als gedacht zur Abfederung sozialer Härten würde eingesetzt werden müssen. Das Pensionssystem musste nachjustiert werden. Die Kanzlerpartei, die ÖVP, hatte ihre Pläne schon fertig: Her mit einem Drei-Säulen-Modell, sprich: staatliche Pension zurückfahren, als zweite Säule Betriebspensionen einführen, und als dritte die private Vorsorge. Die Grünen hatten damals ziemliches Bauchweh, dass ein derartiges Modell – wenn, wie sich ab 2008 dann auch tatsächlich zeigen sollte, die finanzielle Vorsorge vor allem börsenabhängig werden würde – ziemlich risikoreich für die Bürger ist. Es ist Alexander Van der Bellen zu danken, dass er, als gewiefter Strukturdenker, ziemlich auf die Bremse stieg und sowohl den Kanzler wie den Finanzminister einbremste, die Altersvorsorge der Öster-

reicher über Gebühr zu privatisieren. Dennoch führte kein Weg 2003 an der harten Pensionsreform vorbei: Schüssel setzte sich nur teilweise durch, die von ihm geplante 40-jährige, also lebenslange Durchrechnung zur Pensionsbemessung endete mit dem Kompromiss von nur 30 Jahren. Was die Pensionen in Österreich dennoch und automatisch noch immer deutlich reduzierte.

Zudem rumpelte es in den zehn Jahren der schwarz-grünen Koalition, was die Steuerfrage betrifft, ebenfalls mehrmals ordentlich. Schüssel & Co drängten oft und vehement darauf, die Abgabenquote auf unter die 40 Prozent zu drücken, den Eingangssteuersatz doch am besten generell auf 35 Prozent abzusenken. Nur, dies hätte die Sozialausgaben des Budgets erheblich angegriffen, Grün hingegen hielt fest, dass es jedenfalls zur Mindestsicherung kommen müsse. Was die ÖVP zur Kenntnis genommen hat – und seitdem um ihre Kernklientel, den Mittelstand, der nicht wirklich entlastet werden konnte, zittert. Was die Schüssel-Partei, jetzt nach zehn Jahren, von seinerzeitigen tollen 42 Prozent an Stimmen in allen Umfragen längst auf 30 Prozent herunterdrückt. Vor allem auch deswegen, weil das schwarz-grüne Kabinett, was das Staatsbudget anlangte, all die Jahre hindurch den Staatsschuldenstand und das jährliche Defizit konsolidieren musste. Die Erfolge dabei sind bis heute höchstens überschaubar, selbst der Umstand, dass die ÖVP ihrem Fetisch, immer wieder ein Nulldefizit hinzulegen, abschwor, trug nicht allzu viel zur Verbesserung der Finanzen bei. Denn Schüssel & Co bestanden natürlich auf dem milliardenschweren Ausbau von Straße und Schiene in der Republik, und das Feindbild der Grünen, der Transitverkehr, konnte angesichts von Österreichs EU-Verpflichtungen auch nicht wirklich umweltschonend gestoppt werden. Obwohl mit dem Brennerbasis-Tunnel die EU zumindest zugesagt hat, dutzende Fördermilliarden nach Österreich zu pumpen. Heute, nach zehn Jahren, ist das Brenner-Projekt nach wie vor eine heiße Kartoffel.

Außenpolitischer Spagat

Außenpolitisch hat Schwarz-Grün in den letzten zehn Jahren zudem einen Spagat hingelegt, der phasenweise nur mehr blankes Staunen auslöste. Mit den unmittelbaren Nachbarn wie Tschechien, Slowakei, aber auch Slowenien lieferten sich die Grünen wegen deren Pro-Atom-Politik schärfste Scharmützel, ohne wesentlichen konkreten Erfolg. Auf EU-Ebene überließen die Grünen weitgehend der Kanzlerpartei dieses Terrain, was zuletzt dazu führte, dass Tschechiens Präsident Václav Klaus in Wien Bundespräsident Heinz Fischer (SPÖ) ungeniert erklärte, das von den Grünen heftig umstrittene Atomkraftwerk Temelín sogar noch auszubauen. Sehr zum Ingrimm der grünen Regierungspartei am Wiener Ballhausplatz.

Da Österreich 2003, aber auch heute noch, zu den reichsten EU-Staaten zählt (Nettozahler nach Brüssel), schaut Europa höchst interessiert darauf, wie die Alpenrepublik mit der Migrationspolitik umgeht. In Summe wesentlich besser als andere EU-Staaten, wie etwa Frankreich. Denn die ÖVP, die ursprünglich all jene Ausländer, die sich weigern, Deutsch zu lernen, abschieben wollte, gab dem Druck von Grün nach, diese Bestimmung in ihrer ganzen Schärfe nicht zu realisieren. Dafür sind heute die Deutsch-Kurse für Ausländer gang und gäbe, lediglich in der Asyl- und Flüchtlingspolitik muss sich Schwarz-Grün zuletzt immer heftiger mit den Bundesländern herumschlagen, die ihre Aufnahme-Quoten nach wie vor nur höchst zögerlich erfüllen. Insgesamt aber gestaltete sich, von EU-Europa mit größtem Interesse bislang beobachtet, ab dem Regierungseintritt der Grünen die Migrations- und Asylpolitik der Republik deutlich humaner, weniger hart und streng als bei den Vorgängerregierungen, wo die FPÖ zwei Jahre lang beteiligt war oder noch zuvor sogar ein SPÖ-Innenminister an einem tödlichen Vorfall politisch scheiterte.

13 Jahre Bundeskanzler Schüssel

Schwarz-grünes Personalkarussell. Wolfgang Schüssel regiert mittlerweile beachtliche 13 Jahre die Republik, ebenso lang, wie einst im vorigen Jahrhundert Bruno Kreisky der Chef am Ballhausplatz war. Dank der Grünen. Dabei, die letzten zehn Jahre in Schwarz-Grün waren von heftigsten personellen Turbulenzen gekennzeichnet, die allerdings dank der straffen Kabinettsführung des Kanzlers nicht wirklich eine Gefahr für das politische Experiment in Grün bedeuteten.

Hatte Bundespräsident Thomas Klestil 2000 Schüssels Regierung mit der FPÖ noch mit eisigster Miene angelobt, während draußen am Ballhausplatz die Menge tobte und das schwarz-blaue Kabinett zwang, unterirdisch zur Angelobung in die Hofburg zu gehen, war 2004 der regierende Kanzler großzügig: Man überließ der SPÖ die Bundespräsidentschaft, Heinz Fischer konnte als Wahlsieger mangels ernsthaftem Gegenkandidaten die Nachfolge Klestils antreten. Auch außenpolitisch erwies sich die Hereinnahme der Grünen, was die EU anlangt, als beruhigend und für Österreich von Vorteil in Brüssel. Die 2000 für wenige Monate andauernden Sanktionen von 14 EU-Staaten gegen Österreich waren spätestens ab 16. Februar 2003 mit dem Regierungseintritt der Grünen nur mehr eine selbst der EU mittlerweile peinlich gewordene Fußnote in der Geschichte.

Karl-Heinz Grasser amtierte als Finanzminister noch bis 2006, dann löste ihn Alexander Van der Bellen als Säckelwart der Nation ab – denn Schüssel war mittlerweile mit seinem grünen Koalitionspartner so zufrieden und der jährlichen Budgetstreitereien überdrüssig, dass er ihm einfach die Finanzen überließ. Allerdings nur bis 2010, ehe er den jungen Bauernbündler Josef Pröll, den er zuvor schon als Landwirtschaftsminister ab 2003 ordentlich getestet hatte, in den Finanzminister-Sessel hievte und Van der Bellen dafür das Wissenschaftsministerium anbot. Was dieser überraschend akzeptierte.

Offensichtlich mit dem innerparteilichen Hintergrund, auf diese Weise die nachdrängenden jungen Wilden in Grün, wie etwa Eva

Glawischnig, noch etwas von deren Sturm an die Parteispitze zu bremsen. Denn einen amtierenden Vizekanzler und Minister stürzt man nicht so ohne Weiteres. Was ihm auch bis heute gelungen ist, vor allem deswegen, um Grün als politischen Partner nicht nur für die ÖVP weiter im Spiel zu halten, sondern die Grünen auch für die SPÖ als möglichen Partner für die Zukunft satisfaktionsfähig zu halten. Grund: Alexander Van der Bellen merkte, dass neben Glawischnig etliche andere junge Wilde in seiner Partei, wie etwa die gebürtige Griechin Maria Vassilakou mit unausgegoren-revolutionären Ideen vor allem in der Verkehrspolitik die SPÖ in zunehmendem Maße schwer verärgerte und damit die Grünen für die Sozialdemokratie nur mehr schwer verdaulich sein würden.

Auch EU-politisch entwickelte sich Schwarz-Grün in den letzten zehn Jahren beachtlich. Kanzler Schüssel selbst – als überzeugter, aber streitbarer Europäer – hält die EU-Fäden in Österreich bis heute selbst und eisern in der Hand, zeigte sich aber den Grünen gegenüber mehr als großzügig. Nachdem die ÖVP seit 1995 mit Franz Fischler und Benita Ferrero-Waldner bis 2010 sämtliche EU-Kommissare Österreichs gestellt hatte, nominierte die Schüssel-Regierung dann überraschend die Tirolerin Eva Lichtenberger als neues Kommissions-Mitglied der Alpenrepublik, mit der innerkoalitionären Zusicherung, dass danach, 2015, wieder ein ÖVP-Kandidat drankommen solle. Eine interessante Perspektive.

Fröhliches Regierungsfest

Denn dann wird Wolfgang Schüssel starke 15 Jahre lang Österreich regiert haben. Zeit, noch etwas anderes zu unternehmen. Folgender Plan ist ihm zuzutrauen: Weil Schwarz-Grün als Koalition auf dem Wiener Ballhausplatz weitergehen kann, steht mit Josef Pröll, den Widersacher in der eigenen Partei eigentlich schon längst und am liebsten als Mehl-Fabrikanten in die Privatwirtschaft abschieben wollten, ein durchaus für die Grünen akzeptabler Kanzler-Nachfolger bereit.

Allerdings, die Grünen haben mittlerweile politisch Blut geleckt. Nunmehr schon 69-jährig, ist Alexander Van der Bellen (Jahrgang 1944) zwar noch immer „nur“ Vizekanzler, aber, so die Grande Dame der Grünen, die heute 85-jährige Freda Meissner-Blau beim fröhlichen Regierungsfest dieser Tage im Hotel „Zur Goldenen Krone“ launig zum grünen Parteichef: „Sascha, jetzt machst Du einen auf Adenauer, der ist auch erst mit 72 in Deutschland Bundeskanzler geworden – genau das muss Dein Ziel sein in den nächsten Jahren!“ Beobachter des schwarz-grünen Kabinetts wollen in diesem Moment in Hainburg gesehen haben, dass Langzeit-Kanzler Wolfgang Schüssel trotz aller Fröhlichkeit plötzlich einen ganz, ganz schmalen Mund bekommen hat. Ob Alexander Van der Bellen, dann tatsächlich 72, wirklich „einen auf Adenauer“ machen würde, um an Österreichs Regierungsspitze erst recht so richtig loszulegen, ist höchst unwahrscheinlich. Aber neben einem Kanzler Josef Pröll macht sich eine Vizekanzlerin Eva Glawischnig durchaus gut, womit auch die fescche Kärntnerin das Ende ihrer politischen Fahnenstange erfolgreich erklommen hätte.

Und Schüssel selbst könnte seinen lang gehegten Lebenstraum – der 2004 für ihn nicht in Erfüllung ging, weil er damals von den Regierungschefs von Paris und Rom abgelehnt worden war –, nämlich doch noch gewichtiger und starker EU-Kommissionspräsident zur Krönung seiner politischen Laufbahn zu werden, realisieren ... So eine Fete zum zehnjährigen Regierungsjubiläum kann mancherlei Visionen zutage fördern. Sogar in Hainburg, dort, wo die Grünen 1984 ihre eigentliche Sternstunde (Kraftwerks-Protest) erlebten, die Historiker heute als die Geburtsstunde der Grünen als politische Partei bezeichnen.

Zehn Jahre Schwarz-Grün

Warum nicht nur die Finanzmärkte spekulieren dürfen

Alexander Van der Bellen

Das Problematische von kontrafaktischen Spekulationen ist offensichtlich. Was wäre gewesen, wenn ...; was hätte sein können, wenn ... In Tirol pflegten wir zu sagen: „Wenn meine Oma Radln hätt', wär' sie ein Omnibus.“ Dieser Satz ist leichter zu widerlegen als jede Aussage über hypothetische zehn Jahre Schwarz-Grün. Andererseits, warum sollen immer nur die Finanzmärkte spekulieren!

Was wäre heute „besser“, wenn ...?

Ernst Strasser, nach seinem Rücktritt als Innenminister befragt zu seiner Asylpolitik, sagte vor Jahren in einem Interview sinngemäß: „Ich war Minister einer schwarz-blauen Koalition; wäre ich Minister in einer schwarz-grünen Regierung gewesen, hätte ich einiges anders gemacht.“ In der Tat, beim Bleiberecht für schon länger Aufhältige dem Vorrang von Familienzusammengehörigkeit vor Abschiebungen oder generell in der Einstellung zu Immigration bzw. Zuwanderung hätte es Änderungen gegeben; im Laufe von zehn Jahren hätte die „Fremdenpolitik“ mehr Rücksicht auf Positionen der Caritas und Diakonie einerseits und der Industriellenvereinigung andererseits genommen (was die sozialen bzw. die wirtschaftlichen Dimensionen dieses Politikbereichs betrifft). Am Fremdenrecht wären die Verhandlungen schon 2003 nicht gescheitert.

Oder die Europapolitik. Die Grünen, behaupte ich, sind die kompromisslosesten Befürworter der Europäischen Union unter den österreichischen Parteien (wenn es die EU nicht gäbe, müsste man sie erfinden ...); sie hätten jede Gelegenheit genutzt, der EU-Skepsis hierzulande entgegenzutreten. Das hätte es auch der ÖVP erleichtert, gegen die „Verzweigung“ des Landes (© Ursula Plassnik) bzw. seine schleichend fortschreitende Provinzialisierung energischer

aufzutreten, als ihr in der Koalition mit der FPÖ, später dem BZÖ möglich war. Diese Koalition hat letztlich weder der FPÖ noch der ÖVP gutgetan, und dem Land schon gar nicht, wie man an der Bildungs- und Wissenschaftspolitik oder Fragen der Diskussions-(un)kultur zeigen könnte.

Was wäre „schlechter“?

Da ich 2003, natürlich nicht ohne Wenn und Aber, ein Befürworter von Schwarz-Grün war – schon um eine Fortsetzung von Schwarz-Blau zu konterkarieren –, überlasse ich die inhaltliche Beantwortung dieser Frage berufenen „Spekulanten“. Wie hätte sich das Parteienspektrum verändert? Die SPÖ wäre 2013 seit 13 Jahren im Nationalrat in Opposition. Die ÖVP hat das 16 Jahre lang überlebt (1970–1986); es geht also. Aber ausgemacht ist das nicht. In einem unvorsichtigen Interview im Frühjahr des Jahres 2000 sagte Alfred Gusenbauer, frischgebackener Parteichef und Klubobmann, zur „Oppositionsfähigkeit“ des SP-Nationalratsklubs: ein Drittel sei dafür geeignet, ein Drittel ungeeignet, und das letzte Drittel sei rezosialisierungsfähig. Die SPÖ 13 Jahre lang ohne reale Macht im Bund: wohin wäre sie gedriftet? Hätte sie der FPÖ, als zweiter Oppositionspartei, ausreichend Paroli geboten, oder dieser noch mehr Feld überlassen (müssen)? (Es versteht sich, dass ich das für ein „schlechtes“ Szenario halte.) Welche Personen wären im Laufe der Zeit in der SPÖ an die Spitze gekommen, wenn sie nur im einen oder anderen Bundesland, aber nicht im Bund, reale Macht hätte ausüben können? Und welche Europapolitik hätte sie – in Opposition zu Schwarz-Grün! – betrieben: hätte sie die FPÖ mit nationalstaatsorthodoxen Positionen zu überholen gesucht, oder hätte sie sich, wie die Grünen, auf die Seite der Europaarchitekten geschlagen? Gusenbauer ja, aber nach ihm? Angesichts des Nahverhältnisses der SPÖ zu weitverbreiteten Boulevardmedien tendiere ich zum orthodoxen Szenario.

Schwarz-grüne Personalia

Die Verhandlungen im Februar 2003 wurden abgebrochen, bevor über die Besetzung der jeweiligen Ressorts verbindlich gesprochen worden war. Auf ÖVP-Seite waren Schüssel, Grasser, Molterer, Bartenstein und Gehrer maßgeblich in die Verhandlungen eingebunden, ferner auch Strasser und Khol; wohl ein Präjudiz für anschließende Ministerverantwortung. Das Gehrer-Ressort hätte man damals schon teilen können, sodass die Schulagenden bei Gehrer verblieben wären und die Wissenschaft an die Grünen gegangen wäre. Ein primärer Kandidat für ein Grün-Ressort wäre natürlich das Umweltressort gewesen (allenfalls ohne Landwirtschaft, aber unter Zufügung der Energieagenden, die traditionell dem Wirtschaftsministerium zugeordnet sind). Bei grünen Staatssekretariaten hätte man an das Finanzministerium und das Europa-(Außen-)Ressort denken können.

Die 2003 auf ÖVP-Seite handelnden Personen sind inzwischen fast alle aus der Politik ausgeschieden. Unmöglich zu sagen, wie ihre Karriere sonst verlaufen wäre. Willi Molterer ist bei der Europäischen Investitionsbank, Martin Bartenstein noch Abgeordneter zum Nationalrat. Ernst Strasser ging 2009, nach einem Ausflug in die Privatwirtschaft, ins Europaparlament und hat sich derzeit (Dezember 2012) vor Gericht gegen Korruptionsvorwürfe zu verteidigen. Karl-Heinz Grasser galt nach dem Rücktritt Schüssels kurzfristig als ÖVP-Parteichef-Kandidat; es setzte sich aber Willi Molterer durch, auch als Finanzminister der neuen SP/VP-Regierung. Grasser wurde Geschäftsmann; gegen ihn laufen seit Jahren staatsanwaltliche Ermittlungen (u. a. wegen der Provisionsflüsse beim BUWOG-Verkauf, als er noch Finanzminister war), deren Ende derzeit nicht abzusehen ist.

Auch grün-intern hatten wir vor dem Verhandlungsabbruch unsere Regierungsmitglieder noch nicht verbindlich vereinbart. (Rückblickend halte ich das für einen Fehler. Für jene Ressorts, die man zu übernehmen hofft, muss man wohl intensiver verhandeln als für den „Rest“.) Naheliegender ist, an Eva Glawischnig im Umweltressort

und mich im BMWF zu denken; aber eine wesentliche Rolle – nicht nur, aber vor allem – in einer Regierungsfraktion nimmt auch die Klubobfrau/der Klubobmann wahr. Staatssekretär im BMF hätten etwa Werner Kogler oder Bruno Rossmann sein können, im Außenamt Ulrike Lunacek oder Johannes Voggenhuber (ja, das waren noch Zeiten). Nicht zu unterschätzen ist auch die Bedeutung der Ministerbüros und der Kabinettschefs; neben Ressortbeamten wären etwa Klubdirektorin Doris Schmidauer und andere erprobte grüne Haudegen wie Christoph Chorherr infrage gekommen.

Im Gegensatz zur ÖVP sind auf grüner Seite noch fast alle Verhandler von damals aktiv in der Politik: im Europäischen Parlament, im Nationalrat oder im Wiener Rathaus. Sie haben alle politischen Wetterstürze überstanden. Dass vor allem die erste Periode einer Regierungsbeteiligung eine Partei vor unerwartete Zerreißproben stellen kann, konnten wir an den deutschen Grünen 1998/99 (Kosovo-Krise und NATO-Einsatz) studieren. Nach einem erheblichen Wähleraustausch ist die Partei dort aber stark wie nie zuvor; sie hat den Abgang von Joschka Fischer verschmerzt, sie stellt sogar erstmals einen Ministerpräsidenten, nämlich in Baden-Württemberg.

Umbau des Steuersystems

2003 – wie grundsätzlich auch heute – bewarben die Grünen Konzepte einer ökologischen Steuerreform: im Wesentlichen eine Erhöhung von Energiesteuern, auch im Kfz-Bereich (denn der Straßenverkehr weist die höchste Dynamik der klimaschädlichen CO₂-Emissionen auf), und im Gegenzug eine Senkung arbeitsbezogener Steuern; hier dachten wir vor allem an eine Senkung der in Österreich im OECD-Vergleich ungewöhnlich hohen Lohnsummen-Abgaben, die von den Arbeitgebern entrichtet werden, und an eine Pauschalvergütung an private Haushalte, die Familien in unteren Einkommenschichten begünstigt und alleinstehende SUV-Fahrer benachteiligt hätte. Es handelt sich also um aufkommensneutrale Strukturreformen des Steuersystems, nicht um eine Erhöhung der Steuer- oder Abgabenquote insgesamt. Wolfgang Schüssel stand diesen Konzepten zunächst ablehnend gegenüber,

im Laufe der Verhandlungen gewann ich aber den Eindruck, dass in der Legislaturperiode bis 2006 zumindest der Einstieg – schockartige Änderungen hielten wir ohnehin für kontraproduktiv – in eine ökologische Steuerreform gelingen könnte.

Gesetzt den Fall, Schwarz-Grün hätte die ganze Legislaturperiode regiert, die Wahlen 2006 hinreichend gewonnen und die Koalition fortgesetzt. Diese wäre dann 2007 mit den dunklen Wolken der Subprime-Hypothekenkrise in den USA und ein Jahr später mit dem Orkan auf den Finanzmärkten konfrontiert gewesen, den der Zusammenbruch der Lehman-Brothers-Bank ausgelöst hatte. Das 100-Milliarden-Garantiepaket für die österreichischen Banken im Spätherbst 2008 wäre so, oder so ähnlich, auch von Schwarz-Grün beschlossen worden, denn die tatsächliche Abstimmung im Nationalrat erfolgte einstimmig. Danach allerdings, als sich europaweit die Bankenkrise zu einer Budgetkrise und diese zu einer Konjunkturkrise auswuchs, mit Rückkopplungen auf Banken und Budgets und einem Auf und Ab von Rezessionen in der Eurozone, wären Auffassungsunterschiede über die „richtigen“ Maßnahmen – ich setze die Führungszeichen, weil die wirtschaftliche Situation nach wie vor extrem komplex ist und Lösungsstrategien daher umstritten sind – zutage getreten.

Zum Beispiel war ich von „Anfang“ an, hier also seit dem Jahreswechsel 2009/10, der Meinung, dass Griechenland insolvent und nicht nur illiquid ist und ein Schuldenschnitt zulasten der Gläubiger daher nicht zu vermeiden sein wird. Oder: Je länger die Finanz- und Wirtschaftskrise und damit die Budgetkrise dauert, desto naheliegender sind Maßnahmen in der Erbschafts- und Vermögensbesteuerung, da diese Steuern, wenn maßvoll eingeführt, sich sehr wenig auf den privaten Konsum bzw. auf die Gesamtnachfrage auswirken und damit wenig konjunkturschädlich sind, ganz abgesehen von Argumenten der Vermögens- und Einkommensverteilung. In bzw. nach den Wahlen von 2011 – die Legislaturperiode dauert inzwischen ja fünf Jahre – hätte das die Fortsetzung von Schwarz-Grün ernsthaft belastet.

In den Verhandlungen mit Finanzminister Grassler im Februar 2003 spielten auch Reformen im föderalen Finanz- und Steuersystem eine größere Rolle. Aufgaben-, Ausgaben- und Steuerverantwortung sollten in kongruentere Übereinstimmung gebracht werden. Vereinfacht gesagt, tätigen Bundesländer Ausgaben, für deren Finanzierung via Steuern der Bund die Verantwortung zu tragen hat. Dieses Problem ist seit Jahrzehnten bekannt und nach wie vor ungelöst; wie weit Schwarz-Grün hier gegen den Widerstand der Länder gekommen wäre, muss offen bleiben.

Schwarz-grüne Energiepolitik

Die Mechanismen des sogenannten Treibhauseffekts und die Gefahren der weltweiten Klimaveränderungen sind im Wesentlichen seit Langem bekannt: die Emission von CO₂, Methan und anderen Treibhausgasen bewirkt ihre Jahrzehnte andauernde Konzentration in der Atmosphäre, die Klimaveränderungen und nicht nur „bloße“ Erwärmung hervorruft. Die Staaten halten sich aus verschiedenen Gründen zurück, sich zu völkerrechtlich verbindlichen Emissions-Reduktionszielen zu verpflichten – das Kyoto-Protokoll war die Ausnahme von der Regel –, aber der Umbau zu einer kohlenstoffarmen Industriegesellschaft, basierend auf erneuerbaren Energieträgern jenseits von Kohle, Öl und Gas, ist trotzdem in vollem Gang. Das zeigt sich von Deutschland bis China, trotz Rückschlägen etwa in der Schürfung von Schiefer- und Ölsanden.

Schwarz-Grün hätte die Chance gehabt, Österreichs internationale Wettbewerbsposition in Produktion und Dienstleistungs-Know-how, was erneuerbare Energien betrifft, rechtzeitig zu stärken. Es ist nicht gewagt, von Grün diesbezüglich wesentlich mehr Druck auf Schwarz zu erwarten als von Rot. Die SPÖ ist von Hainburg bis heute nie dadurch aufgefallen, dass sie die ökonomischen Chancen auf diesem neuen Markt erkannt hätte, von der ökologischen Notwendigkeit der Reduzierung von Treibhausgasen ganz zu schweigen. Nach acht Jahren Schwarz-Grün in Oberösterreich sieht man dort die Erfolge einer Umsteuerung, auch in Form zusätzlicher Arbeitsplätze in den Öko-Industrien.

Reform der Pensionen

In den Verhandlungen 2003 machte die ÖVP, namentlich auch Schüssel persönlich, großen Druck, das Pensionssystem in einem langfristigen Anpassungspfad zu reformieren. Diese Gespräche verliefen schwierig, vor allem hatte Grün Bedenken, die Pensionsansprüche von Frauen könnten zu sehr unter die Räder kommen. Die ÖVP war wohl von dem – an sich politisch-handwerklich bewährten! – Gedanken geleitet, „Grausamkeiten“ gehören an den Beginn, „Wohltaten“ hingegen an das Ende einer Legislaturperiode ...

Rückblickend halte ich die Pensionsreform, die ja dann von Schwarz-Blau wenigstens ansatzweise umgesetzt wurde, für ein gutes Beispiel dafür, wie grundsätzlich richtige Intentionen durch mangelnde rechtzeitige Kommunikation diskreditiert werden können. Österreichs Pensionssysteme kommen in der Tat teuer: nach wie vor ist der BIP-Anteil der öffentlichen bzw. staatlichen Pensionen inklusive Beamte rund zehn Mal höher als jener für die Universitäten, Fachhochschulen und anderen Forschungsinstitutionen zusammen genommen. Aber die breitere Öffentlichkeit war 2003 auf diesen Paukenschlag nicht vorbereitet. Mindestens ein Jahr lang hätte man zuvor die Notwendigkeit von Einschnitten öffentlich argumentieren müssen. Die Niederlage der Regierungsparteien, inzwischen Schwarz-Orange, bei den Wahlen 2006 führe ich nicht zuletzt auf dieses Versäumnis zurück.

Das grüne Pensionsmodell sieht im Wesentlichen (a) einen Sockelbetrag für alle vor, unabhängig von der individuellen Erwerbsbiografie; wenn man so will, ein bedingungsloses Grundeinkommen im Alter. Dazu kommt (b) die versicherungsmathematisch berechnete, d. h. von Erwerbsdauer und Einkommenshöhe abhängige ASVG-Pension, die Summe von (a) und (b) gedeckelt mit der jetzigen ASVG-Höchstgrenze. Darüber hinausgehende Absicherungswünsche sind (c) der privaten Vorsorge überlassen. – Welchen Kompromiss wir hätten erreichen können, möchte ich dahingestellt sein lassen.

Österreich in Europa

Schon oben meinte ich, dass die Grünen die ÖVP in der Haltung zur EU positiv unterstützt hätten, und nicht gebremst wie FPÖ/BZÖ. Die Position Österreichs in der Union hätte das gestärkt, vor allem auch in den Anfangsjahren. Man muss sich nur erinnern, wie negativ die EU14 auf den Regierungseintritt der integrationsfeindlichen Haider-FPÖ im Jahr 2000 reagiert haben; ein Aufatmen 2003 zu erwarten ist nicht zu hoch gegriffen. Auch Wolfgang Schüssels persönlicher Reputation in der EU hätte das erheblich genutzt. Nicht nur zu zeigen, dass er zwar mit der rechtsnationalen FPÖ „kann“, mit den linksliberalen Grünen aber auch, sondern: Schwarz-Grün als neuartige Regierungskonstellation hätte in der Union hohe Aufmerksamkeit geweckt. Grüne in einer nationalen Regierung waren nicht neu (Deutschland seit 1998, ferner Finnland, Frankreich und Italien), aber die Verbindung mit einer konservativen Partei wäre neu gewesen. (In Parenthese merke ich an, dass die deutschen Grünen 2003 großes Interesse am Verlauf unserer Verhandlungen zeigten.) Last but not least eine letzte Spekulation: Nach erfolgreichen Regierungsjahren mit den Grünen, ohne das blau/orange Gepäck am Rücken, hätte Schüssel – wenn er gewollt hätte – für Barroso bei der Wahl des Kommissionspräsidenten ein ernsthafter Konkurrent sein können.

Die doppelte Wende

Eine spekulative schwarz-grüne Bilanz aus Sicht eines ehemaligen Schwarz-Grün-Aktivisten

Michael Schuster

Wer hätte das Ende 2002 gedacht, dass Wolfgang Schüssel zu so einer Wandlung fähig ist? Er, der seinerzeit das Tabu gebrochen und die „Haider“-FPÖ politisch salonfähig gemacht hatte, zeigte in der Regierung Schüssel II eine gänzlich andere, unerwartete Facette seiner Persönlichkeit. Ein Umstand, der den Ruf nach Brüssel in die Europäische Kommission im Nachhinein nur allzu verständlich macht. Aber gehen wir zurück an den Anfang, den Beginn einer Epoche, die in die Geschichtsbüchern Österreichs nachhaltig Eingang finden wird.

Ein neuer Kanzler

Kaum jemand hatte es im Herbst 2002 für möglich gehalten, dass die frühzeitig abgehaltene Wahl nach dem Sturz von Knittelfeld eine solche Möglichkeit bringen würde. Schwarz-Grün war möglich geworden, und wir waren seinerzeit unter den Utopisten, die ein solches „Experiment“ abseits seines Charmes auch realpolitisch für den richtigen Weg nach der schmerzhaften Erfahrung des ersten schwarz-blauen Versuchs hielten. Wir sammelten Unterschriften, machten Stimmung, versuchten die Vernetzung, und als die Gespräche nach anfänglichem Zögern der Grünen endlich aufgenommen wurden, keimte die Hoffnung, das könne „sich ausgehen“. Ohne Zweifel, die Ausgangspositionen in einzelnen Bereichen hätten unterschiedlicher nicht sein können, doch der Wille auf beiden Seiten war – auch durch die Erfahrungen mit der FPÖ, die nicht an allen in der ÖVP spurlos vorübergingen – groß. Es schien fast, als gäbe es ein Aufatmen ob der Fachkompetenz und Erfahrung der Grünen in den Reihen der ÖVP, nach den Mühen, die man mit politisch unerfahrenen Ministern, ohne Sachkompetenz und mit zweifelhaftem Führungsstil, gehabt hatte.

Zentrales Thema in den Verhandlungen, die anfangs noch als Sondierungsgespräche abgeschwächt werden mussten, waren natürlich die Eurofighter, deren Stellenwert nicht unterschätzt werden konnte, auch wenn sie für die reale Verfassung des Landes irrelevant gewesen sein mochten. Aber sie waren politischer Wegzoll, ein Symbol mit hohem Potenzial, und daher bleibt es auch unklar, warum Schüssel gerade in dieser Angelegenheit Anfang 2003 eine Wende einleitete, die die Koalition erst möglich machte. Vielleicht kamen ihm manche Teile der Beschaffung zu diesem Zeitpunkt bereits selbst komisch vor oder er hatte die Dimension der Möglichkeiten mit den Grünen erkannt und die Kampfjets dafür aufgegeben. Es war kein sofortiger Ausstieg, den er im Jänner 2013 in den Verhandlungen anbot, sondern eine Schwerpunktprüfung des Rechnungshofes zusammen mit einer Redimensionierung der Gesamtbeschaffung und dem klaren politischen Versprechen, dass bei dem ersten Anschein von Ungereimtheiten im Beschaffungsvorgang der Vertrag rückabgewickelt würde.

Es schien, als wäre Wolfgang Schüssel über den Jahreswechsel ein neuer Kanzler geworden. Christoph Chorherr, aus seiner Vergangenheit im Wirtschaftsbund ein Kenner der Person Schüssel, war wohl genauso überrascht wie seine Parteikollegen, diese deutliche Bewegung in einer der zentralen Positionen hatten sie nicht erwartet. Die weiteren Punkte sollten sich daher deutlich einfacher gestalten, von einem ökologisierten Steuersystem über stärkere Förderung von Umweltmaßnahmen, viele Gemeinsamkeiten wurden als Ziel definiert. So entstand das Koalitionsübereinkommen, das am 16. Februar 2003 der Öffentlichkeit präsentiert und auch auf europäischer Ebene mit viel Beachtung beobachtet wurde, hatte man doch die Bilder der Weisenkommission und die Diskussion rund um die Sanktionen noch gut im Gedächtnis. Die Regierung Schüssel II schritt überirdisch zur Angelobung über den Ballhausplatz, obwohl das Wetter trüb, kalt und etwas eisig war. Kurt Grünwald rutschte auf dem Weg zu Heinz Fischer fast aus, ein Umstand, der in den Zeitungen als Symbol für das Beinahe-Scheitern verwendet wurde, hatten

doch alle politischen Auguren mit Sicherheit angenommen, es würde eine Neuauflage von Schwarz-Blau geben.

Doch Schüssel hatte, wieder einmal, alle überrascht.

Alte Bande

Es überraschte auch die Zusammensetzung der Regierung, waren doch neben bekannten Gesichtern einige Neulinge dabei. Dass Alexander Van der Bellen zusammen mit dem Amt des Vizekanzlers auch jenes des Außenministers übernehmen würde, war schnell klar. Auch Eva Glawischnig für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft lag auf der Hand. Dass der junge Alfred Steinhauser Justizminister werden würde, überraschte, auch mit Gabriela Moser für Verkehr, Infrastruktur und Technologie hatten nur wenige gerechnet. Ernst Strasser wurde dank niederösterreichischer Verbindungen Innenminister, musste aber Terezija Stoisits als Integrationsstaatssekretärin verkraften, Günther Platter übernahm die Landesverteidigung.

Die Regierung wurde verkleinert, was nur wenige Staatssekretariate bedeutete: Josef Pröll führte zusammen mit Werner Kogler das Finanzressort, beide wurden oft als Zukunftshoffnungen ihrer Parteien bezeichnet und die zentrale Position von Pröll war wohl auch im Hinblick auf die Zeit nach Schüssel kein Zufall. In einer schwarz-grünen Regierung war Pröll mit seinem gesellschaftsliberalen Kurs ein nahezu idealer Querverbinder, Kogler genoss hingegen das Vertrauen der grünen Basis und war daher nahezu ideal, um im wichtigen Finanzressort die zentralen Linien des Budgets mitzuentwickeln.

Elisabeth Gehrler blieb die Konstante, Christoph Chorherr ergänzte erstmals das Bildungsressort als Staatssekretär und sollte sich dort verstärkt um Innovationen im Bildungsbereich bemühen. Maria Rauch-Kallat blieb ebenfalls an Schüssels Seite und übernahm mit Kurt Grünwald das Gesundheitsressort. Martin Barstenstein behielt das Wirtschaftsressort, Karl Öllinger bildete im

Sozialministerium das Gegengewicht. Es erfreute viele im Land, in einer Regierung erstaunlich viel Sachkompetenz versammelt zu finden, ein deutlich sichtbarer Wandel, auch wenn es um die politische Kultur ging.

Kulturwandel

Viele hätten Peter Pilz gerne in einer Regierung gesehen, dieser übernahm jedoch mit Andreas Khol aufseiten der ÖVP eine wichtige Funktion. Die streitbaren Herren waren so etwas wie das politische Gewissen und der intellektuelle Überbau dieser Koalition. In ihren legendär gewordenen politischen Salons einmal im Monat, diskutierten sie politische Fragen und Leitlinien in einer lang vermissten Liebe zum Argument und zum Detail. Nicht einmal fiel der Vergleich mit Waldorf und Statler aus Jim Hensons „Muppet Show“ und er war wohl auch berechtigt. Doch die Lust am Diskurs erlebte eine neue Konjunktur in dieser Regierung, und der Beitrag Einzelner dazu kann nicht hoch genug geschätzt werden. Die Demokratie an sich profitierte. Es war, als ging ein Aufatmen durch die Reihen jener politisch Interessierten, nach trockenen Jahren, in denen Ideologie zum Fremdwort, Stil als Beiwerk deklariert und Diskurs erst lieber gar nicht begonnen wurde. Es war keine Koalition, die sich aufs Marketing verstand, sondern eine, die sich auf das Gespräch verstand.

Sehr zum Missfallen der Opposition, die mit der überraschenden Einigkeit nicht viel anfangen konnte. Es schien so, als hätten ÖVP und Grüne richtig Spaß an der gemeinsamen Arbeit, bei allen Mühen, aber dieser Spaß sprang wie ein Funke auf die Bevölkerung über, ohne gleich Freudenfeuerwerke zu entfachen, aber doch, um eine zarte Flamme der politischen Kultur zu entfachen, die während Schwarz-Blau ausgegangen war. Es war eine Koalition der beiden innovationsfähigsten, konstruktivsten Kräfte im Lande – und dieser Fakt war vielleicht nicht messbar, aber spürbar.

Erhard Busek war, als Allegorie von Schwarz-Grün, so etwas wie der Stichwortgeber für die Koalition, manchmal hart im Ton, doch immer gern gehört, denn er hatte dank der langen Jahre in der Politik das richtige Gespür für alle Beteiligten, ganz besonders Wolfgang Schüssel. Vielleicht war es die neu erwachte Achse Busek – Schüssel, die Zweiteren zu einem Karrierewechsel nach Brüssel bewegte, es war jedenfalls der klare Pro-Europa-Kurs, der von beiden Koalitionspartnern verfolgt wurde, der Österreich ein Stück näher an Europa rückte und auch die letzten Skeptiker von Schüssel in Brüssel überzeugte. Dies wurde auch durch das klare Bekenntnis zu einem Berufsheer und die begonnene Einführung desselben untermauert, da man eine europäische Verteidigungspolitik für den richtigen Weg hielt.

Unter einem anderen Stern

Es war der Knalleffekt des späten Jahres 2004 und hatte sich spätestens seit Sommer abgezeichnet: Schüssel wurde von José Manuel Barroso in die EU-Kommission berufen und verließ damit das österreichische Parkett. Nachdem Franz Fischler als Kommissar abgedankt hatte, wurde der Weg für einen neuen Österreicher in der Kommission frei und Barrosos Wahl fiel auf Schüssel, vielleicht auch als späte Wiedergutmachung gegenüber Österreich für die Sanktionen rund um die Jahrtausendwende. Schüssel übernahm das Ressort für Außenbeziehungen, das dem vielseitigen Politiker wie auf den Leib geschneidert zu sein schien. In Wien wurde damit eine Regierungsumbildung nötig, die bereits gut vorbereitet war: Josef Pröll übernahm das Kanzleramt, Kogler wurde Finanzminister, Strasser wurde elegant von seinem Amt entbunden, stattdessen Liese Prokop als Innenministerin angelobt.

Für Schüssel sollte dies der Beginn einer fruchtbaren Zeit in der Weltpolitik werden, die das Gesicht Österreichs in der Welt deutlich veränderte und getrost als Zwischenerfolg für die deutliche Pro-Europa-Politik gewertet werden konnte.

Für die Opposition waren all jene Ereignisse neben den üblichen Querelen nur schlecht als politisches Kapital nutzbar. Auch wenn sich der rechte Rand weiter in der Rolle der Europaskeptiker gefiel, so konnte man wenig gegen die Berufung eines Österreicherers sagen, die kleinen Flanken in puncto Ökologie und Nachhaltigkeit, die die Regierung bot, waren undankbar, und die Arbeit von Öllinger im Sozialressort in enger Abstimmung mit der Integrationsstaatssekretärin Terezija Stoisits veränderte die Wahrnehmung des Integrationsthemas drastisch. Die SPÖ war insgesamt ins Wanken geraten, man hatte Orientierungsprobleme, da die Politik von FPÖ/BZÖ zum Verwechseln ähnlich der eigenen war, eine charismatische Führungsfigur fehlte.

Das machte sich auch im Wahlergebnis der Nationalratswahl von 2007 bemerkbar, die zwar keine so deutliche ÖVP-Mehrheit mehr brachte, aber dennoch eine zweite Periode Schwarz-Grün ermöglichen sollte.

Wer die Wahl hat

Schüssel half tatkräftig mit im Wahlkampf, doch es war eher das Duo Pröll-Glawischnig, die im Wahlkampf in fast schon erschreckender Konstruktivität die Argumente austauschten und damit überzeugten. Die Politik und der Stil in Österreich hatten sich gewandelt. Es war Außenstehenden wie Parteimitgliedern beider Seiten klar, dass diese Koalition eine Verlängerung verdient hatte. Die ÖVP blieb klar stimmenstärkste Partei, die Grünen lieferten das beste Ergebnis ihrer Parteigeschichte und obwohl die ÖVP mit der starken Ausgangssituation alle Möglichkeiten, auch mit SPÖ oder BZÖ offen hatte, kam es zur Regierung Pröll II, mit Eva Glawischnig als Vizekanzlerin. Alexander Van der Bellen hatte aus Gesundheitsgründen und Parteiräson beschlossen, sich zurückzuziehen und blieb Außenminister. Die Regierung blieb überraschend stabil, bis auf den Abgang von Strasser und den tragischen Tod von Prokop sowie die verdiente Pension von Elisabeth Gehrler, die auch von den zunehmend ungeduldrigen Grünen beschleunigt wurde, blieben beinahe alle Mitglieder erhalten.

Die zweite Amtsperiode sollte einige der Früchte bringen, deren Samen man in der ersten Periode gesät hatte, doch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise machte viele Unterfangen schwerer. Teile der ökologischen Steuerreform mussten kurzfristig ausgesetzt werden, aber der Handlungsspielraum blieb insgesamt begrenzt. Auch hier sollten sich die Sachlichkeit und der neue Stil, den Schwarz-Grün ins Land gebracht hatte, auszahlen.

Im Salon des Krämers

Als wir 2002 unseren Sammelband zum Thema der Ökosozialen Wende veröffentlichten, war völlig unklar, dass einiges davon zehn Jahre danach Realität sein würde. Martin Haidinger von Ö1 hatte die Koalition als eine Allianz des Krämers und der Bürgerkinder bezeichnet, und er sollte recht behalten: Die Grünen erwiesen sich als die besseren Sozialdemokraten, weil sie sachlicher, entschlossener und ohne verstaubtes Inventar eine sozial gerechte Politik machen konnten. Die ÖVP fand angesichts der Intellektuellen und ideologischen Reibung zu ihrer alten Stärke zurück, konnte prononciert Wirtschaftspolitik betreiben und den europäischen Gedanken gemeinsam mit den Grünen forcieren, da sie endlich nicht mehr die unter „Krone“-Diktat stehende SPÖ als Widerpart ertragen musste, die aus Angst vor den eigenen Senioren zu einem deutlichen Pro-Europa-Kurs unfähig schien.

Die idealistischen, gebildeten Bürgerlichen behielten recht, denn der konstruktive, gemäßigte Teil, der bei den Grünen in der Mehrzahl ist, machte vernünftige Politik möglich. Die Grünen erlebten die positiven Effekte einer Regierungszusammenarbeit und fanden Spaß an der Gestaltung, da die Partei nun einmal eine gestalterische, konstruktive Kraft ist, die gelernt hat, in der Opposition zu überleben, aber andere Qualitäten hat.

Und Österreich? Hat sich entwickelt. Von einer lahmen Republik der ewig Fürchtenden zu einem Land, in dem vieles bewegt wird, vieles diskutiert wird und ein neuer politischer Stil zur Belebung der Demokratie beigetragen hat.

Hier endet er – der Wunschtraum, die Utopie, die Spekulation. Ein Entwurf eines alternativen Österreichs, das so nicht mehr möglich scheint und das Gefühl hinterlässt, dass hier eine einmalige Chance verloren gegangen ist. Es wäre gut gewesen, es wäre ein neues Österreich gewesen. Vielleicht.

Eine vertane Chance?

Über die Argumente der „Initiative schwarzgrün“ aus dem Jahr 2004 für das Projekt einer schwarz-grünen Politik – und ihre Relevanz für heute

Josef Riegler

Im Jahr 2004 publizierte eine „Initiative schwarzgrün“ das Buch „Die Ökosoziale Wende? Perspektiven und Horizonte einer schwarz-grünen Politik“. Man wollte damit auf eine mögliche zweite Chance nach den Nationalratswahlen 2006 inhaltlich besser vorbereitet sein. Das Wahlergebnis vereitelte dann allerdings ein solches Vorhaben. 2008 hätte Wilhelm Molterer aus Überzeugung eine Regierungszusammenarbeit mit Alexander Van der Bellen gesucht. Wieder machte das Wahlergebnis einen Strich durch die Rechnung, und für beide endete die Zeit der Parteiobmannschaft.

Angesichts aktueller Meinungsumfragen ist es ein mehr als wagemutiges Vorhaben, neuerlich ein Buch über eine schwarz-grüne Perspektive zu schreiben. Aber wer weiß – vielleicht wird Wagemut eines Tages belohnt.

Argumente von damals

Es ist jedenfalls von Interesse, einige der Argumente in Erinnerung zu rufen, die im besagten Buch 2004 für das Projekt einer schwarz-grünen Politik genannt wurden:

- Volkspartei und Grüne einen fundamentale Werte: Liberalität, Menschenwürde, Nachhaltigkeit, Solidarität, Subsidiarität, Weltoffenheit und Wertorientierung.
- In vielen Sachfragen wäre vernünftige Politik möglich: Integration; privates Angebot im Sozialbereich; entstaatlichte Solidarität; Ökosoziale Marktwirtschaft; Kultur- und Medienpolitik.

- Eine solche Koalition hätte Vorbildfunktion für ganz Europa.
- Die Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte sind sehr stark ökologisch geprägt. Eine Koalition der Zukunft muss also Kompetenz und Verantwortung in diesem Bereich beweisen. Auch hier treffen mit ÖVP und Grünen zwei Kräfte aufeinander, die dies früh erkannt haben.

Auf Seite 12 in „Die Ökosoziale Wende“ heißt es dann resignierend: „In der Nacht vom 15. auf den 16. Februar 2003 war der kurzweilige Traum dann ausgeträumt. Ein erschöpfter Alexander Van der Bellen erklärte das Ende der Verhandlungen. Noch am Abend desselben Tages attestierte Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat den Verhandlern Professionalität und Regierungsfähigkeit.“

Nun wird nach dem „was wäre wenn ...?“ gefragt. Mehr als eine intellektuelle Gedankenspielerei? Wer weiß – man soll die Hoffnung nicht aufgeben. Gedanken können Dynamik entwickeln.

Was wäre wenn ...?

Was wäre heute in Österreichs Politik besser, wenn zehn Jahre lang Schwarz-Grün regiert hätte? Sicher vieles. Zunächst wären uns wohl die meisten jener Korruptions-, Bereicherungs- und Selbstbedienungsskandale erspart geblieben, die nun Untersuchungsausschüsse und Gerichte beschäftigen. Es darf erwartet werden, dass es eine andere charakterliche Qualität in Regierung und Politik gegeben hätte.

Das Ansehen Österreichs in Europa wäre gegenüber zwei Jahren schwarz-blauer Koalition deutlich gestiegen. Wir hätten uns peinliche Bittbriefe wie „Vorarlberg is to small ...“ erspart.

Das Wichtigste: Zehn Jahre Schwarz-Grün hätten Österreich stark in Richtung Ökosoziale Marktwirtschaft geprägt. Eine vernünftige Balance zwischen leistungsstarker Wirtschaft, sozialer

Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit wäre das Herzstück einer gemeinsamen Politik gewesen. In diesem Punkt hätten sich die beiden Parteien ideal ergänzt. „Die Idee der Ökosozialen Marktwirtschaft war der unseren sehr ähnlich“, sagte Alexander Van der Bellen.

In den Bereichen Bildung und Kultur gäbe es zwar Konfliktzonen, aber auch eine fruchtbare Ergänzung zwischen wertkonservativen und liberalen Positionen.

Möglicherweise wären uns bei einem echten inhaltlichen Kompromiss in der Nacht vom 15. auf den 16. Februar 2003 die Eurofighter erspart geblieben und eine moderate Pensionsreform beschlossen worden, die dann auch gehalten hätte.

Was Europapolitik, Integrationspolitik sowie das Engagement in Entwicklungspolitik anlangt, hätte sich eine schwarz-grüne Zusammenarbeit positiv auf die inhaltliche Gestaltung und das internationale Ansehen Österreichs ausgewirkt.

Was wäre heute in Österreichs Politik schlechter, wenn zehn Jahre lang Schwarz-Grün regiert hätte? Nachdem auch die sogenannte Große Koalition zwischen SPÖ und ÖVP über keine Zweidrittel-Mehrheit mehr verfügt und daher für Verfassungsgesetze die Zustimmung einer Oppositionspartei benötigt, kann ich kaum Nachteile erkennen. Möglicherweise gäbe es mitunter Konfliktzonen mit der einen oder anderen Interessenvertretung (Kammer).

Schwarz-grüne Duos

Welche Politiker waren/sind Regierungsmitglieder einer schwarz-grünen Regierung – und was zeichnet sie aus? Eine Achse Wilhelm Molterer – Alexander Van der Bellen hätte nach meiner Beurteilung viele inhaltliche Gemeinsamkeiten und menschliche Potenziale gehabt. Leider hat das Wahlergebnis 2008 eine solche Option vereitelt. Auch eine Achse Eva Glawischnig – Josef Pröll

wäre ähnlich positiv zu sehen. Reinhold Mitterlehner und Rudi Anschöber, Madeleine Petrovic und Maria Rauch-Kallat, ja sogar Ernst Strasser und Peter Pilz hätten überraschenderweise viele gemeinsame Vorhaben entwickelt.

Es gäbe jedenfalls in beiden Parteien genügend ministrable Persönlichkeiten mit fachlicher Kompetenz und charakterlicher Qualifikation, die gut miteinander könnten.

Wie hätte sich in den vergangenen Jahren das Steuersystem bzw. die Steuerbelastung verändert? Eine „ökosoziale Steuerreform“ wäre wohl Herzstück einer schwarz-grünen Regierungspolitik. Gemeint ist damit ein längerfristiger und für Unternehmen planbarer Umbau des Steuersystems nach folgenden Grundsätzen:

Entlastung des Faktors Arbeit durch Senkung der Lohnsteuer für Arbeitnehmer und der Lohnnebenkosten für Unternehmer sowie Kompensation durch höhere Steuern bzw. Abgaben auf fossile Energieträger, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung. Durch einen „Ökobonus“ würden Mehrkosten für Konsumenten und Haushalte ausgeglichen. Investitionsförderungen für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeitsprojekte würden die Wirtschaft beleben und Arbeitsplätze schaffen.

Außerdem wäre es wohl viel früher zu einer besseren Balance zwischen der Besteuerung von Einkommen aus Erwerbsarbeit und Einkünften aus Kapitalveranlagung gekommen.

Es ist anzunehmen, dass die Schenkungs- und Erbschaftssteuer zwar modifiziert, aber nicht ersatzlos gestrichen worden wäre. Die Themen Studiengebühren und Vermögenssteuern hätten sicher für Diskussionen und Konflikte gesorgt.

Die gesamte Abgabenquote dürfte nicht wesentlich anders sein.

Chance auf Energiewende

Wie würde Österreichs Energiepolitik aussehen? Unter einer schwarz-grünen Regierung hätte es auch – ähnlich wie in Deutschland – die Chance auf eine echte Energiewende gegeben. Der Widerstand mächtiger Lobbys aus Industrie, Energiewirtschaft und Autofahrerclubs wäre zwar auch da gewesen, aber doch weniger Einfluss von Kammern, Gewerkschaften und Pressure-Groups auf die unmittelbare Regierungsarbeit.

In Bezug auf den Kyoto-Vertrag und wichtige Umweltziele stünde Österreich international sicher besser da.

Andererseits ist davon auszugehen, dass die ÖVP auf Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität für Unternehmen geachtet hätte.

Unter Schwarz-Grün hätte Österreich seine einmaligen Chancen in Richtung Energieautarkie auf Basis erneuerbarer Energieträger jedenfalls wesentlich energischer nützen können. Jahre des Stillstands und des Rückfalls im internationalen Vergleich wären erspart geblieben.

Was hätte Schwarz-Grün zur Reform des Pensionssystems unternommen? Eine Reform des Pensionssystems wäre wohl eine der konfliktreicheren Materien gewesen.

Ich zitiere Madeleine Petrovic aus ihrem Beitrag im Buch „Die Ökosoziale Wende“:

„In der Dekadenzphase der rot-schwarzen Koalitionen begann dann eine ganze Serie von sozial problematischen Sparpaketen, während die grüne Hauptforderung im Bereich der Sozialpolitik – die Einführung von Mindestsockeln bei der Entlohnung und in der Sozialversicherung („Grundsicherung“) – immer mehr als utopische Spinnerei abgetan wurde. Armut von Frauen und Kindern, von alten Menschen, von Behinderten und Personen mit

unregelmäßigen und atypischen Beschäftigungen, von Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen wurde als Systembestandteil akzeptiert. (...) Rot und Schwarz haben in den Jahren vor dem Februar 2000 gemeinsam einen reichlich unökologischen, nicht verteilungsgerechten und patriarchalen Kurs gesteuert.“

Trotzdem bin ich überzeugt, dass eine sinnvolle Zukunftssicherung und Harmonisierung im historisch sehr unterschiedlich ausgeprägten österreichischen Pensionssystem machbar gewesen wäre.

Wie stünde Österreich heute insgesamt in Europa da? Nachdem die Grünen – im Gegensatz zu FPÖ, BZÖ, Team Stronach und „Kronen Zeitung“ mit ihrer dumpfchauvinistischen Anti-EU-Gräuelpropaganda – sich auch als Oppositionspartei verantwortungsbewusst für das Gelingen des europäischen Einigungsprozesses engagieren und auch qualifizierte Mehrheiten im Nationalrat ermöglichen, hätte sich Schwarz-Grün europapolitisch sicher positiv ausgewirkt.

Eine offensivere Haltung in den Bereichen Migrationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit hätte dem Ansehen Österreichs in Europa gutgetan. Ebenso die Betonung europäischer Solidarität. Das Wichtigste: Österreich wäre frühzeitig in einer durch Jahre von der neoliberalen und marktfundamentalistischen Ideologie geprägten EU-Politik als Land mit einer praktizierten Ökosozialen Marktwirtschaft beispielhaft und äußerst positiv aufgefallen. Österreich hätte – z. T. gemeinsam mit Deutschland, Frankreich und den skandinavischen Ländern – die überaus positiven Erfahrungen mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft innerhalb der EU wieder bewusst machen können.

Gegenüber der schwierigen Episode in den Jahren 2000 bis 2002 wäre eine schwarz-grüne Regierung ab 2003 europapolitisch ein echter Qualitätssprung gewesen.

Lebt die Hoffnung?

Niemand kann sagen, ob sich eine Konstellation wie nach der Nationalratswahl 2002 nochmals ergibt. Im Gegensatz zu damals gedanklich vorbereitet zu sein, kann sicher nicht schaden. Die Themen soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit werden zu Existenzfragen für die Demokratien in Europa. Wir müssen in Europa den Ungeist eines angloamerikanischen profitgetriebenen Kapitalismus bzw. Marktfundamentalismus so rasch wie möglich überwinden. Das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft muss die europäische Antwort sein. Damit könnte Europa den weiteren Verlauf der Globalisierung in Richtung Friedens- und Zukunftsfähigkeit konstruktiv prägen.

Dazu brauchen wir ein starkes, entscheidungsfähiges Europa. Daher gilt es alle positiven Kräfte zu bündeln, um einen nächsten Qualitätssprung im europäischen Einigungsprozess zu schaffen: Einen europäischen Bundesstaat – aber nicht zentralistisch, sondern mit ausgeprägtem Subsidiaritätsprinzip. Die großen Aufgaben gemeinsam gestalten, aber die Belange des täglichen Lebens in Gemeinden, Regionen, Ländern und Staaten so nahe wie möglich bei und mit den Bürgerinnen und Bürgern regeln!

Wir dürfen das Schicksal Europas nicht den Demagogen und Polarisierern überlassen, die mit nationalistischer Aufwiegelung und dem Schüren von Ressentiments im Trüben fischen wollen. Weniger parteipolitisches Hickhack und dafür viel mehr gemeinsamen Gestaltungswillen aller positiven Kräfte! Sich dafür einzusetzen ist ein Gebot der Stunde!

Literatur

Initiative schwarzgrün.org (Hrsg.) (2004):

Die Ökosoziale Wende? Perspektiven und Horizonte einer schwarz-grünen Politik.

Books on Demand GmbH

Mehr Mitte, bitte!

Warum Österreich einen ökosozialen Konsens braucht

Harald Mahrer

Die Gesellschaft fällt auseinander: So lautet eine der Thesen, die sich heute konsequent durch den politischen und medialen Diskurs ziehen. Darüber kann und muss man mit Blick auf die reale Entwicklung von Steuerlasten, Sozialtransfers und Haushaltseinkommen trefflich streiten. Was in unserer Gesellschaft aber ganz sicher auseinanderfällt, ist der Konsens über unsere Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Verwerfungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch das politisch geschürte Anspruchsdenken an staatliche Leistungen fördern zunehmend extreme Ansichten.

Grüner Abschied vom Ökosozialen

Während die ohnehin kleine Schar der Marktliberalen mittlerweile in programmatischer Hinsicht auf Sekten-Kurs ist, nimmt auf der anderen Seite die Zustimmung zu „Gemeinwohlökonomie“-Vorstellungen zu, hinter denen sich letztlich eine sozialistische Zwangswirtschaft verbirgt. Symptomatisches Beispiel dafür ist die Forderung von Autor Christian Felber, dass im Sinn des Gemeinwohls künftig „von oben“ festgelegt werden soll, was Unternehmen produzieren oder nicht produzieren sollen. Das hatten wir allerdings schon einmal – im Kommunismus, mit bekannten Ergebnissen.

Dass sich die politische Linke für derartige Positionen erwärmt, ist wenig überraschend. Dass auch die Grünen mit derartigen Konzeptionen kein Problem haben, ist alarmierend. Denn damit verabschieden sie sich vom lange Zeit konsensualen Zukunftsmodell einer Ökosozialen Marktwirtschaft, bei dem der ehemalige Grünen-Chef Alexander Van der Bellen „große Ähnlichkeiten“ zwi-

schen ÖVP und Grünen ortete. Genau in diesem Modell liegt freilich die Zukunft – und auch die gesellschaftspolitische Legitimation eines schwarz-grünen Modells, das vor zehn Jahren hätte gestartet werden können.

Werte aus der Mitte

Die Zukunft unserer Wirtschafts- und Sozialordnung kann nicht in zunehmend extremen und polarisierten Positionen liegen. Wer solche Positionen fördert, arbeitet tatsächlich an der Spaltung unserer Gesellschaft – und an der Zerstörung von Werthaltungen, die Wachstum, Wohlstand und Nachhaltigkeit möglich machen.

Die Konzeption der Ökosozialen Marktwirtschaft ist als Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft eine Konzeption aus und für die politische Mitte. Sie stärkt die Mitte und die Werte der gesellschaftlichen Mitte. Genau darum geht es jetzt in besonderem Ausmaß. Die Kernwerte der Ökosozialen Marktwirtschaft sind aktueller und wichtiger denn je:

- **Freiheit:** Die individuelle Freiheit ist der Motor unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. In Form der wirtschaftlichen Freiheit ermöglicht sie wirtschaftliches Wachstum und damit Wohlstand für möglichst alle. Dieser Kernwert ist heute in Gesellschaft und Wirtschaft relevanter denn je. Ein modernes Freiheitsverständnis zu entwickeln und zu vertreten ist heute eine der größten Herausforderungen für die Grünen. Sie tendieren gegenwärtig zunehmend zu politischen Konzepten und Praktiken, die auf Zwang und staatlichen Absolutismus setzen. Mit den grünen Werte-Wurzeln und dem Kampf der Grünen gegen staatliche Bevormundung (Stichwort Hainburg) hat das alles nichts mehr zu tun.

- **Verantwortung:** Wir brauchen gemeinsam mit mehr Freiheit auch eine neue Verantwortungsarchitektur. Nur sie gibt den Menschen mehr Handlungsspielräume auf allen Ebenen: mehr Eigenverantwortung auf individueller Ebene, weil nicht Gesell-

schaft oder Staat für den Einzelnen entscheiden sollen, sondern der Einzelne für sich selbst; mehr Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft, weil flexible zivilgesellschaftliche Selbstorganisation ein wichtiges Komplement zum Staatsapparat ist; mehr ökologische Verantwortung, weil die Kosten für Ressourcenverbrauch nicht auf andere oder die nächste Generation abgeschoben werden dürfen. Ein Mehr an Eigenverantwortung bedeutet deshalb auch ein Mehr an Chancengerechtigkeit für künftige Generationen. Grünes Grassroots-Denken ist der bessere Weg als grüner Etatismus.

- **Leistung:** Die Ökosoziale Marktwirtschaft fördert nicht nur Leistung, sie fordert sie auch. Individuelle Leistungsbereitschaft auf Basis größtmöglicher Freiheit ist der zweite entscheidende Wert unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Wo Leistung behindert oder wo sie gar abgelehnt wird, kann eine Gesellschaft nicht von den Früchten der Leistung profitieren. Wachstumsfeindlichkeit ist populär, aber Unfug. Wer kritisiert, dass wir die Grenzen des „Steigerungsspiels“ als gesellschaftliches Grundmuster erreicht haben (Gerhard Schulze), der vergisst den Faktor Innovation. Wachstum und Wertschöpfung haben nach wie vor Zukunft. Das haben auch wirtschaftsfeindliche Grüne zur Kenntnis zu nehmen. Außer Frage steht, dass Wohlstand mehr ist als nur materielles Wohlergehen, denn Wohlstand hat auch eine ideelle Dimension. Genauso klar ist aber auch: Wohlstand ist und bleibt in vielen Bereichen die unverzichtbare Basis für Lebensqualität, Autonomie und Selbstbestimmung.
- **Solidarität:** Wirtschaftliche Freiheit und Leistungsfähigkeit sind die Grundvoraussetzungen für sozialstaatlich verbürgte Solidarität. Dieser Grundsatz der Sozialen Marktwirtschaft gilt auch in der Ökosozialen Marktwirtschaft. Wo nichts oder zu wenig erwirtschaftet werden kann, gibt es auch nichts oder weniger zu verteilen. Dieses Faktum ist gerade in einem stark umverteilenden Hochsteuerland wie Österreich von großer Bedeutung. Solidarität ist in einer Ökosozialen Marktwirtschaft auch keine Einbahnstraße. Wer etwas von der Gemeinschaft erhält, muss

auch zur Gegenleistung bereit sein. Solidarität reduziert sich in diesem Modell nicht nur auf die Gegenwart, sondern gilt auch für die Zukunft. Die Solidarität mit den künftigen Generationen und ihren Lebens- bzw. Handlungsspielräumen ist ein grundlegender Wert der Ökosozialen Marktwirtschaft. Solidarität hat eben eine ökologische und eine soziale Dimension. Unter diesem Aspekt müssen auch Pensions- und Sozialreformen gesehen werden – ein Thema, das grüne Politik gerne verdrängt.

- **Nachhaltigkeit:** Die Mobilisierung eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwerts durch das Zusammenwirken von Kräften, die auf den ersten Blick nicht zusammenpassen mögen, ist ein Kennzeichen der Ökosozialen Marktwirtschaft. Es zeigt sich besonders am Kernwert der Nachhaltigkeit. Eine nachhaltige Entwicklung wird nicht durch ein Maximum an Verboten, sondern durch die richtigen Anreize für nachhaltiges Verhalten möglich gemacht. Auch hier besteht grüner Denk- und Handlungsbedarf: Das Beispiel Wien zeigt, dass sich Grüne allein auf die Disziplin der Verbotspolitik beschränkt haben. Positive Anreize für umweltfreundliches Verhalten werden erst gar nicht in Erwägung gezogen.

Magisches ökosoziales Dreieck

Der politische Erfinder der Ökosozialen Marktwirtschaft, Josef Riegler, beschreibt heute deren Grundgedanken so:

- „Größerer Spielraum für wirtschaftliche und technologische Entwicklung durch Beseitigung unnötiger Barrieren – beispielsweise Überregulierung und Bürokratie – sowie problematische Belastung durch Steuern und Abgaben
- Gleichzeitige Stärkung des Prinzips der Partnerschaft und einer mit Fantasie weiterentwickelten sozialen Fairness, welche verstärkt die Symbiose zwischen staatlicher Sozialpolitik und privaten Initiativen forciert

- Integration der Umwelt und der Natur in das Preis- und Kostengefüge und damit in die betriebswirtschaftlichen Kalkulationen bei Produktion, Konsum und Verkehr“

Die Sicherung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, der Erhalt des sozialen Friedens und der nachhaltige Schutz der Lebensgrundlagen bilden das „magische Dreieck“ dieses Modells. Es schafft eine Synthese zwischen Wirtschaft, Sozialem und Ökologie anstelle des bisher dominierenden und behaupteten Gegensatzes. Die ordnungspolitische Realisierung dieses strategischen Dreiecks bietet die Chance für einen neuen Qualitätssprung in der volkswirtschaftlichen und unternehmerischen Entwicklung, argumentiert Riegler.

Europäisches Vorbild

Aus der ökosozialen Programmatik lässt sich eine konkrete politische Agenda ableiten. Sie umfasst etwa: die Einbeziehung von Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch in die Kalkulationen der Produktionsprozesse und Preisgestaltung; eine ökosoziale Reform des Steuersystems mit einer Reduktion der hohen Steuerlast auf den Faktor Mensch zulasten der Besteuerung von Ressourcen; die klare Produktdeklaration (Herkunft, Produktionsweise, Inhaltsstoffe, Behandlungsmethoden); Subventionen nur zugunsten der Nachhaltigkeit; Verbote nur dort, wo marktwirtschaftliche Instrumente nicht anwendbar sind; Bildung und Information zu Belangen des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit.

Es steht außer Frage, dass das Modell einer Ökosozialen Marktwirtschaft nach der Finanz- und Wirtschaftskrise auch europapolitisch und sogar global eine Konzeption mit Vorbildcharakter darstellt. „Das Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft ist der wahrscheinlich wichtigste Exportartikel Österreichs für das Gelingen einer globalen Nachhaltigkeitsstrategie“, erklärt etwa der Ökonom und Informatiker Franz Josef Radermacher.

Ökosozialer Konsens gefragt

Es gibt Gründe genug, das von Josef Riegler früh vorgedachte Wirtschafts- und Sozialmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft zum politischen Projekt zu machen. Die Volkspartei als programmatische Trägerin der Ökosozialen Marktwirtschaft kann und soll diesbezüglich stärker Profil zeigen. Es braucht aber auch in anderen Parteien Promotoren für einen neuen ökosozialen Konsens für Österreich. Die Grünen könnten dabei mit Blick auf ihre Geschichte und ihre programmatischen Wurzeln eine Rolle spielen.

Tatsächlich ist ein Großteil der Grünen gerade dabei, sich von einem ökosozial geprägten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu verabschieden – und traditionell rote Zwangspolitik durch Durchsetzung vermeintlich grüner Interessen einsetzen zu wollen. Diese Linksverschiebung im politischen Spektrum ist der falsche Weg und hoffentlich reversibel. Wir müssen ordnungspolitisch mehr denn je die politische Mitte stärken. Dort sind nicht nur die viel zitierten Leistungsträger unserer Gesellschaft daheim, sondern auch die Lösungen, die uns wirtschaftlich, sozial und ökologisch weiterbringen. Die Ökosoziale Marktwirtschaft bringt nicht nur Wohlstand, sondern auch Zukunft für alle.

Literatur

Riegler, J. (2012):

Ökosoziale Marktwirtschaft – Ausweg aus der Krise.

In: Österreichische Monatshefte, Nr. 03/2012



Autorenporträts

Andreas Koller

Dr. Andreas Koller, Jahrgang 1961, ist Leiter der Wiener Redaktion, Chef des Ressorts Innenpolitik und stellvertretender Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“. Er war langjähriger Vorsitzender der Initiative Qualität im Journalismus und der Vereinigung der Parlamentsredakteurinnen und -redakteure. Weiters ist er Senatssprecher des Österreichischen Presserats, Vorstandsmitglied im Kuratorium für Journalistenausbildung und Vorstandsmitglied im Presseclub Concordia. Im Publizistikbeirat des Verbands Österreichischer Zeitungen (VÖZ) ist er stellvertretender Vorsitzender. Der promovierte Politologe ist Träger des Kurt-Vorhofer-Preises und des René-Marcic-Preises für politische Berichterstattung. 2007 wurde er mit dem Österreichischen Verfassungspreis ausgezeichnet. Insgesamt fünf Mal wurde er zum „Innenpolitischen Journalisten des Jahres“, 2010 zum „Journalisten des Jahres“ gewählt.

Harald Mahrer

Dr. Harald Mahrer ist Präsident der Julius Raab Stiftung. Der Unternehmer und politische Visionär studierte Betriebswirtschaft und promovierte an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er zählt zu den führenden Kommunikations- und Politikstrategen Mitteleuropas, forscht aktiv im Bereich Erneuerung der Demokratie und ist Autor zahlreicher Publikationen im Themenfeld Politik- und Demokratieentwicklung. Mahrer gründete den Thinktank demokratie.morgen und das METIS Institut für ökonomische und politische Forschung.

Lukas Mandl

Mag. Lukas Mandl ist Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag und Personalentwickler der ÖVP. Er leitet eine Lehrveranstaltung an der Wirtschaftsuniversität Wien. Mandl hat an der Universität Wien ein Studium der Kommunikationswissenschaften mit Fächerkombination abgeschlossen. Er publiziert politische Essays. Er führt den Thinktank „Initiative Christdemokratie“ und hat das Netzwerk „Meeting Mauerbach“ ins Leben gerufen. Er gilt als Verbinder der ÖVP zur deutschen FDP. Mandl hat mit seiner Frau Kristina drei Kinder.

Claus Pándi

Claus Pándi ist politischer Kolumnist der „Kronen Zeitung“, für die er seit 1986 arbeitet. Pándi war am Aufbau der Vorarlberg-Redaktion beteiligt und berichtete als außenpolitischer Redakteur von 1989 bis 2000 vor allem über die Entwicklungen in Osteuropa. Mit seiner Kolumne „Politik am Sonntag“ und seinem Video-Blog „Politik im Bild“ zählt Pándi zu einem fixen Element in Österreichs Innenpolitik.

Stephan Pernkopf

Dr. Stephan Pernkopf ist Präsident des Ökosozialen Forums und als Landesrat in Niederösterreich für Umwelt, Landwirtschaft und Energie zuständig. Er war bei den Regierungsverhandlungen mit den Grünen im Jahr 2003 mit den Kapiteln Landwirtschaft, Umwelt, Energie und Wasserwirtschaft befasst.

Josef Riegler

DI Dr. hc Josef Riegler studierte an der Universität für Bodenkultur in Wien und war von 1972 bis 1992 aktiver Politiker (Direktor des Bauernbundes, Abgeordneter zum Nationalrat, Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft sowie Vizekanzler und Bundesparteiobmann der ÖVP). 1992 gründete er das Ökosoziale Forum Österreich und 2001 das Ökosoziale Forum Europa. Er ist Begründer des Konzeptes einer Ökosozialen Marktwirtschaft als Balance zwischen leistungsfähiger Marktwirtschaft, sozialer Solidarität und ökologischer

Nachhaltigkeit sowie Mitbegründer des Projektes „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“. Dr. Riegler ist Autor und Mitautor zahlreicher Bücher und Publikationen, Präsident von „Nova Europa“ sowie Ehrenpräsident des Ökosozialen Forum Österreich und des Ökosozialen Forum Europa.

Michael Schuster

MMag. Michael Schuster studierte Betriebswirtschaft und Wirtschaftsinformatik an WU und TU Wien und ist Unternehmer in Wien. Mit der Initiative schwarzgruen.org gründete er zusammen mit Astrid Dolak, Beate Meinel und Alex Lenz eine Bewegung, die die Öffentlichkeit auf die – damals schwer vorstellbare – Möglichkeit Schwarz-Grün hinweisen sollte. Die Publikation „Die Ökosoziale Wende? Perspektiven und Horizonte einer schwarz-grünen Politik“ ist bis dato das meistverkaufte Werk zu dieser Koalitionsoption. Er ist Mitglied zahlreicher politischer Initiativen und begründete im Herbst 2012 die Partei NEOS mit, deren Ziel es ist, Österreich zu erneuern.

Barbara Tóth

Dr. Barbara Tóth ist Redakteurin der Wochenzeitung „Der Falter“. Die promovierte Historikerin schreibt am liebsten über europäische Zeitgeschichte, politische Kultur und die Menschen dazwischen. Sie unterrichtet an der Hochschule Wien Journalismus, publiziert, wenn es die Zeit erlaubt, unter anderem in „Cicero“, „Europäischer Rundschau“ und „Lidové Noviny“ und schreibt Bücher (zuletzt erschienen: „Unterschätzen Sie nicht meine Boshaftigkeit“. Karl Schwarzenberg im Gespräch mit Barbara Tóth, Residenz, 2011). Sie ist Trägerin des Milena-Jesenská-Stipendiums des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen und Leopold-Ungar-Preisträgerin. Nach Auslandsaufenthalten in Berlin und Prag lebt die Mutter zweier Söhne mit ihrer Familie in Wien.

Alexander Van der Bellen

Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen promovierte an der Universität Innsbruck, arbeitete als Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin und wurde 1980 als Professor für Volkswirt-

schaftslehre/Finanzwissenschaft an die Universität Wien berufen. 1994 zog er als Abgeordneter in den Nationalrat ein, war von 1999 bis 2008 Klubobmann der Grünen und wechselte 2012 in den Wiener Gemeinderat. Seit 2010 ist er Beauftragter der Stadt Wien für Wissenschaft und Forschung.

Hubert Wachter

Prof. Hubert Wachter, 63, gebürtiger Niederösterreicher, begann seine journalistische Laufbahn 1970 im nö. Pressehaus in St. Pölten („Niederösterreichische Nachrichten“), ab 1979 Redakteur im Ressort Innenpolitik und Kolumnist bei der Tageszeitung „Kurier“. Seit 1992 (Gründungsmitglied) beim Nachrichtenmagazin „News“, zunächst Redakteur für Politik und EU-Angelegenheiten, mittlerweile Senior-Editor. Wachter ist mehrfacher Buch-Autor, Staatspreisträger und erhielt 2004 den Berufstitel „Professor“ von Bundespräsident Thomas Klestil verliehen.



Dr. Harald Mahrer

Es steht außer Frage, dass das ÖVP-Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft nach der Finanz- und Wirtschaftskrise auch europapolitisch eine Konzeption mit Vorbildcharakter ist. Die politische Spekulation „10 Jahre Schwarz-Grün“ geht der Frage nach, wie sich eine schwarz-grüne Zusammenarbeit gestalten hätte können – und wie sie mit Blick auf die Zukunft gedacht werden muss. Ein schwarz-grünes Projekt unter dem Dach der Grundwerte der Ökosozialen Marktwirtschaft könnte einen wichtigen Impuls liefern, um die Ökosoziale Marktwirtschaft konsequent umzusetzen. Sie bringt nicht nur Wohlstand, sondern auch Zukunft für alle.